

Einwohnerrat

Sitzung vom **Donnerstag, 11. März 2021, 19:00 Uhr, Tägi, Tägerhardsaal**

Vorsitz: **Pauli Christian, Einwohnerratspräsident**

Anwesend:	Mitglieder des Einwohnerrates	49
	Mitglieder des Gemeinderates	7
	Blickenstorfer Urs, Gemeindeschreiber	
	Wiedmer Barbara, Gemeindeschreiberin	

Entschuldigt **Eckert Angela, FDP**
abwesend:

- Traktanden:
1. Einwohnerrat; Protokoll der Sitzung vom 17. Dezember 2020 (2021-0157)
 2. Inpflichtnahme von Wernli Alexandra, SP (anstelle der zurückgetretenen Fischer Andrea, SP) (2021-0192)
 3. Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl Mitglied für den Rest der Amtsperiode 2018/2021 (2019-1196)
 4. Kreditbegehren von Fr. 1'310'000.00 (inkl. MwSt.) zur Bereitstellung eines Provisoriums für die Bezirksschule (2020-2408)
 5. Motion Fraktion FDP vom 12. November 2020 betreffend DataHub Wettingen; Ablehnung (2020-2325)
 6. Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, WettigRüen, vom 16. Mai 2019 betreffend Ausgleich von Planungsvorteilen; Entgegennahme (2019-0854)
 7. Postulat Notter Daniel, SVP, vom 12. März 2020 betreffend "Sportschule Wettingen"; Rückzug (2020-0375)
 8. Postulat Fraktion CVP vom 22. Juni 2020 betreffend Belebung und Aufwertung der Landstrasse; Ablehnung (2020-1600)
 9. Postulat Bürgler Simon, CVP, und Zoller Markus, CVP, vom 22. Juni 2020 betreffend Neuausrichtung zentrale Wertstoffsammelstelle; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung (2020-1589)
 10. Postulat Burger Alain, SP, vom 22. Juni 2020 betreffend Strategie "smarte Gemeinde Wettingen"; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung (2020-1641)
 11. Postulat der Fraktion FDP vom 12. November 2020 betreffend Glasfaser-Netz in Wettingen (Fiber to the home); Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung (2020-2369)
 12. Interpellation Dzung Dacfey, WettigRüen, und Scherer Kleiner Leo, WettigRüen, vom 13. Juni 2019 betreffend Mehrwert bei Aufzonungen im

Bahnhofareal; Beantwortung (2019-0985)

13. Interpellation Fraktion CVP vom 22. Juni 2020 betreffend Ausleihung gemeindeeigener Kunstwerke an Dritte; Beantwortung (2020-1601)
14. Interpellation Gujer Mia, SP, vom 12. November 2020 betreffend Demokratische Prozesse und Covid-19; Beantwortung (2020-2370)

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur zweiten Sitzung des Jahres und zur 27. Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Ein besonderer Gruss geht an die Gäste auf der Tribühne, herzlich willkommen. Dann begrüsse ich auch noch die Damen und Herren der Medien und freue mich auf die informativen und sachlichen Berichte in der Zeitung. Für unsere Sicherheit ist Kpl Nadja Künzli zuständig, besten Dank. Auch das Tägi-Team und das Kanzlei-Team seien herzlich begrüßt.

0 Mitteilungen**0.1 Neueingänge**

- a) **Postulat Fraktion GLP vom 11. März 2021 betreffend Livestream der Einwohnerratssitzungen der Gemeinde Wettingen**

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, zu prüfen, ob die Einwohnerratssitzungen mit vertretbarem Aufwand live gestreamed und auch archiviert werden können.

Begründung

Nicht jede Einwohnerratssitzung lässt sich mit einem guten Krimi vergleichen: Von der ersten bis zur letzten Minute spannend. Um einer Einwohnerratssitzung als Zuschauer beizuwohnen, muss jeweils der ganze Abend zur Verfügung stehen. Auch deshalb sind wohl die Zuschauerränge meistens eher spärlich besetzt. Eine Sitzung aber live über einen Stream mitzuverfolgen, bedeutet einen kleineren Aufwand. So kann zum Beispiel die Sitzung im Hintergrund auf dem Fernseher oder Tablet von zu Hause aus der Stube mitverfolgt werden. In den letzten Monaten hat sich die Form der Online-Sitzungen bewährt, selbst mit aktiver Sitzungsbeteiligung. Ein Stream, welcher man als Zuschauer verfolgen kann, auch nebenher und trotzdem zu Hause bei der Familie zu bleiben, würde zu einer grösseren Beteiligung der Öffentlichkeit an den politischen Prozessen in der Gemeinde Wettingen führen.

- b) **Postulat Depentor Ursula und Benz Andreas, beide CVP, vom 11. März 2021 betreffend Sportlerlehre im Rathaus**

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob die Gemeinde Wettingen sowie die angeschlossenen Aktiengesellschaften zukünftig auch leistungssportfreundliche Lehrstellen anbieten können.

Begründung

Einer der Leuchttürme in Wettingen steht für den Sport.

Leistungssportler/innen haben es oft schwer, nebst den sportlichen Herausforderungen einen geeigneten Ausbildungsort zu finden. Die Ausbildung von Leistungssportler/innen stellt hohe Ansprüche an den Lehrbetrieb, wie zum Beispiel eine gewisse Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung. Die Ausbildung im Rathaus Wettingen mit seinen vielen verschiedenen Abteilungen wäre daher der ideale Ausbildungsbetrieb. Zudem wird es dem «Leuchtturm Sportstadt» gerecht, denn damit werden Sporttalente unterstützt und gefördert.

c) Postulat Ernst Manuela, GLP, vom 11. März 2021 betreffend Zeit zu (ver-)handeln

Antrag

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Gebührentarife zur Nutzung der Tägi-Anlagen mit der Tägi AG zu Gunsten der einheimischen Vereine zu verhandeln.

Begründung

Wettingen bezeichnet sich als Sportstadt und hat die Förderung des Sports als einer ihrer Grundpfeiler in den Leitzielen verankert. Mit dem Umbau der Sportanlagen Tägerhard und der anschliessenden Umwandlung in die Tägi AG sind die Nutzungsgebühren bis zu 100 % gestiegen. Die Wettinger Steuerzahler haben den teuren Umbau der Tägi-Anlage finanziert und der Umwandlung in die AG zugestimmt, mit der Absicht, dass das Tägi professioneller geführt wird und die Gemeindekassen entlastet werden. Dass man aber mit der Umwandlung in die AG die hiesigen Vereine mit derart viel höheren Gebühren abstrafft, kann nicht im Sinne des Steuerzahlers/Stimmvolkes sein. Es ist daher der Gemeinderat aufgefordert, die Gebühren für die einheimischen Vereine neu mit der Tägi AG zu verhandeln. So könnte z. B. geprüft werden, ob für gewinnorientierte Kurse, Anlässe und Veranstaltungen etwa eine weitere Tarif-Ordnung eingeführt werden könnte, zu Gunsten der Wettinger Vereine. Es ist wenig sinnvoll, wenn die Gebühren derart hoch sind, dass die Vereine wiederum von der Gemeinde finanziell unterstützt werden müssen.

d) Motion Notter Daniel, SVP, und Knaup Adrian, SP, betreffend Erstellen und Einführen von einheitlichen Richtlinien zur Förderung der Vereinbarkeit zwischen Schule und sportlichem/musischem Engagement auf hohem Niveau

Antrag

Wir ersuchen den Gemeinderat zusammen mit den Schulleitungen, einheitliche Richtlinien zu erarbeiten und einzuführen, wie jugendliche Hoffnungsträger in Sport, Musik und Kultur an den Wettinger Schulen in ihren Talenten gefördert werden können, sofern sie nicht an eine speziell dafür eingerichtete Institution gehen (z. B. Sportschule).

Begründung

Ausgehend von der Beantwortung des Postulats von Daniel Notter, SVP, betreffend Sportschule Wettingen, in der die Vision einer Sportschule in Wettingen unter den momentanen Gegebenheiten abgelehnt wird, suchen wir nach einem pragmatischen Weg, wie in Wettingen Leistungssport, aber auch Talente in Musik und Kultur, gefördert werden.

In der Praxis zeigt sich, dass individuelle Lösungen für talentierte Schüler/innen relativ gut und unkompliziert gefunden werden können. Hauptsächlich geht es um die Organisation des Stundenplans, so dass die nötigen Aktivitäten (Trainings, Üben usw.) im nötigen Umfang absolviert werden können.

Ähnliche Projekte (Beispiel „TAFF“ an der Kantonsschule Baden), welche ohne grosse Mehrkosten umgesetzt werden konnten, sollen dabei durchaus als Basis für eine Wettinger Umsetzung herangezogen werden.

Einheitliche Richtlinien an den Wettinger Schulen sollen die erfolgreiche Arbeit mit Talenten an Wettinger Schulen ermöglichen und vereinfachen, organisatorische Erleichterung bringen (für Schüler/innen, Eltern, Lehrpersonen und Schul-administration) und als Wettinger Mehrwert bekannt werden.

- e) **Motion von Andreas Leuppi, Wettigrüen, und Mia Gujer, SP, vom 11. März 2021 betreffend Erlass der Einbürgerungsgebühren für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene**

Antrag

Für Kinder, die im Einbürgerungsgesuch eines Elternteils einbezogen sind und für Jugendliche und junge Erwachsene, die bei Einreichung des Einbürgerungsgesuchs jünger als 25 Jahre alt sind, ist auf die Erhebung der Einbürgerungsgebühr auf Stufe Gemeinde zu verzichten.

Begründung

Die hohen Kosten einer Einbürgerung können einen finanziellen Hinderungsgrund darstellen sich einbürgern zu lassen, insbesondere für Familien mit Kindern, Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung. Diesen soll die Einbürgerungsgebühr auf Gemeindeebene erlassen werden. Die Einbürgerung einer Familie mit zwei Kindern, die über 10 Jahre alt sind, kostet heute Fr. 7'000. Mit Annahme dieser Motion würden die Kosten auf Fr. 5'500 sinken. Die Kosten für eine einzelne unter 25 Jahre alten Person würden von heute Fr. 2'350 auf Fr. 850 sinken.

Eine Einbürgerung ist Teil einer erfolgreichen Integration und ermöglicht eine politische Mitwirkung auf allen Ebenen, was im Interesse der Gemeinde ist. Die Stadt Luzern besitzt bereits eine vergleichbare Regelung, ebenfalls Ausnahmen für Jugendliche und Kinder bei den Einbürgerungsgebühren kennen die Stadt Zürich und der Kanton Basel-Stadt.

f) Motion Gujer Mia, SP, und Leuppi Andreas, WettiGrüen, vom 11. März 2021 betreffend Gratis Menstruationsartikel in öffentlichen Gebäuden

Antrag

In den öffentlichen Gebäuden der Gemeinde (SET Tägerhard, Schulgebäude, Räume Jugendarbeit und Rathaus) seien auf allen Toiletten Menstruationsartikel kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Eine menstruierende Person verbringt durchschnittlich rund 3'000 Tage ihres Lebens mit der Menstruation und verbraucht während dieser Zeit fast 17'000 Menstruationsartikel. Sehr häufig benötigt sie zusätzlich Schmerzmittel, Wärmeplaster, neue Unterwäsche und Weiteres.

Nach konservativen Schätzungen summiert sich nur schon der Grundbedarf an Menstruationsartikeln im Leben auf 4'800 bis 7'200 Franken. Studien, die alle durch das Menstruieren verursachten Kosten einrechnen, kommen auf 16'000 bis 21'500 Franken.

Diese Kosten müssen die menstruierenden Menschen heute alleine tragen. Doch sie haben diese natürliche Körperfunktion nicht frei gewählt, sondern sie wurde ihnen angeboren. Das Menstruieren ist aber für den Fortbestand der ganzen Menschheit unabdingbar. Die Kosten einseitig, nur den menstruierenden Menschen, zu überlassen, ist nicht fair und widerspricht der Gleichstellung.

Menstruationsartikel zunächst in öffentlichen Gebäuden kostenlos zur Verfügung zu stellen, ist ein erster Schritt, um diese Ungleichheit zu vermindern. Was sich heute bereits in New York, Schottland, Wales, dem Vereinigten Königreich und der kanadischen Provinz Britisch-Kolumbien bewährt, muss sich auch in der Schweiz verbreiten: Tampons und Binden sollen in allen öffentlichen Gebäuden gratis verfügbar sein, genau gleich wie Toilettenpapier, Wasser und Seife.

Die Vorteile dieser Massnahme:

- Den menstruierenden Menschen wird der Alltag erleichtert. Stress und Bedenken wegen unangenehmen Situationen werden vermindert. Das Portemonnaie wird entlastet.
- Obdachlose Personen oder Personen mit geringem Einkommen, die sich Menstruationsartikel nicht leisten können, müssen nicht mehr auf improvisierte oder unhygienische Notlösungen zurückgreifen.
- Junge Frauen, gerade Schülerinnen, erleben einen offenen und rationalen Umgang mit dem Thema Menstruation.
- Alle Menschen sind im öffentlichen WC gleichgestellt, denn allen werden jene Hygieneprodukte geboten, die sie benötigen.

Nebenbei sei bemerkt, dass es an der Zeit wäre, die Menstruationsartikel den Lebensmitteln, Medikamenten oder Zeitungen gleichzustellen, denn sie gehören wie diese zum Grundbedarf. Heute werden sie immer noch mit 7,7 % Mehrwertsteuer belastet, statt mit blos 2,5 % wie etwa Lachskaviar, Blumen, Katzenstreu oder Viagra, die unter dem Titel Fisch, lebende Pflanze, Streumittel für Tiere oder Medikament vom tieferen Steuersatz profitieren.

g) Interpellation Fraktion GLP vom 11. März 2021 betreffend Trink-/Grundwasserqualität und -Erhalt

Ausgangslage

Im PowerNews des EWWs, Ausgabe 47/Januar 21, wurde berichtet, dass leicht erhöhte Mengen des Chlorothalonil-Abbauprodukts R471811 im Trinkwasser gefunden worden seien. Konkret wurde der Grenzwert von 0.1 Mikrogramm pro Liter um 20 % überschritten. Das Wettinger Trinkwasser bleibe dennoch ein sicheres Lebensmittel.

Andere Quellen* besagen: „Es ist nach wie vor so, dass das Chlorothalonil als Substanz mit karzinogener Wirkung eingestuft wird. Aus diesem Grund werden alle Metaboliten von Chlorothalonil als relevant angesehen und in die Konformitätsbewertung miteinbezogen. Bei einer Überschreitung des Höchstwertes von 0.1 µg/l durch Chlorothalonil oder einen Chlorothalonil-Metaboliten muss die Vollzugsbehörde eine Beanstandung aussprechen und die Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes durch „verhältnismässige Massnahmen“ anordnen.“

Fragen in Bezug auf den EWW-Bericht und Wettingens Trink-/Grundwasser

1. Auf welche Schadstoffe wird das Wettinger Wasser geprüft? Seit wann?
2. Wie haben sich die Werte über die Jahre entwickelt?
3. Wie haben sich die entsprechenden Grenzwerte über die Jahre entwickelt?
4. Wieso wird das Trinkwasser als sicher eingestuft, obwohl die Grenzwerte von Chlorothalonil Metaboliten überschritten werden?
5. Wieso wird nicht das Schreiben vom eidgenössischen Bundesamt für Lebensmittel und Veterinärwesen (14. September 2020) berücksichtigt (<https://laborveritas.ch/de/articles/chlorothalonil-rueckstaende-in-trinkwasser-2/>)?
6. Was plant die Gemeinde zu veranlassen bzw. dem EWW vorzuschreiben, zur Identifikation und Umsetzung von notwendigen Massnahmen?
7. Anhand welcher Richtlinien wird in Wettingen zukünftig definiert, ob das Trinkwasser „sicher“ ist?
8. Was sind die Möglichkeiten, wenn das Trink-/Grundwasser Wettingens und der Nachbarorte kein „sicheres Lebensmittel“ mehr ist?
9. Ist es vorgesehen, eine Privatisierung von Wasser in Wettingen zu vermeiden oder zu fördern?

Fragen in Bezug auf die in Würenlos geplante und von Baden Regio befürwortete Schuttdeponie

10. Sind die Grundwasserbestände Würenlos-Otelfingen-Wettingen ineinander überfliessend und/oder die drei Gemeinden diesbezüglich voneinander abhängig?
11. Was für eine potentielle Auswirkung haben Schuttablagerungen auf das Grund- und Trinkwasser?
12. Wie hat Baden Regio geplant bei der Schuttdeponie in Würenlos, bei Abladung, die Schuttqualität mit abschliessender Sicherheit überwachen zu können, so dass die Grundwasserwerte nicht davon beeinflusst werden?
13. Wie stellen andere Schuttdeponien, bei denen bisher keine Komplikationen bekannt sind, die Qualität des Schuttes und den Schutz des Grundwassers sicher?

Fragen in Bezug auf Anreize und Lenkungsmöglichkeiten im Sinne der Trinkwasserinitiative

14. Was macht Wettingen, um in der Landwirtschaft, in Privatgärten inkl. Rebberg-Abschnitten und weiteren Grünflächen sicherzustellen, dass inzwischen verbotene Mittel nicht mehr verwendet werden?
15. Kann sich Wettingen eine Lenkungsabgabe in Form einer Verschmutzungsabgabe für verbotene Mittel und Dünger vorstellen?
16. Gibt es in Wettingen andere Bestrebungen oder Möglichkeiten, um Anreize im Sinne der nationalen Trinkwasserinitiative auf lokaler Ebene anzugehen?
17. Gibt es in Wettingen lokale Unterstützungs- oder Entlastungsgelder an Bauern, Weinbauern oder Private, die im Sinne der Trinkwasserinitiative angepasst werden könnten (bspw. Verbot der Winterdüngung und Streichung der Beizahlungen für den Verzicht darauf)?
18. Falls Gelder ausbezahlt werden, belasten diese das Budget vom EWW oder von der Gemeinde Wettingen?

h) Interpellation Burger Alain, SP, und Huser Michaela, SVP, vom 11. März 2021 betreffend Umsetzung der neuen Führungsstrukturen der Volksschule in Wettingen

Die Stimmbevölkerung des Kantons Aargau hat die neuen Führungsstrukturen der Volksschule am 27. September 2020 mit 56 % Ja-Stimmen angenommen. In Wettingen waren 64 % der Stimmberechtigten für die Vorlage. Das bedeutet, dass die Schulpflege Ende 2021 abgeschafft wird und die Aufgaben der Schulpflege dem Gemeinderat übertragen werden.

Mit einer neuen kommunalen Führungsstruktur sollen Effizienz und Qualität der Bildung gesteigert werden. Die neue Führungsstruktur soll eine schlanke und leistungsfähige Schulführung ermöglichen, indem die strategische und die finanzielle Kompetenz beim Gemeinderat in eine Hand gelegt werden. Dabei soll die Schulführung vor Ort gestärkt und die Entscheidungs- und Beschwerdewege vereinfacht werden.

Wir bitten den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Gemeinderat mit der Umsetzung der neuen Führungsstrukturen der Volksschule in Wettingen im Zeitplan und wird die Einführung per 1. Januar 2022 problemlos möglich sein?
2. Wie sieht die Wettinger Umsetzung der neuen Führungsstrukturen aus? Welche Kompetenzen liegen künftig beim Gesamtgemeinderat, dem für Bildung zuständigen Einzelmitglied des Gemeinderats, dem Geschäftsleiter Schule und den einzelnen Schulleitungen?
3. Wird eine gemeinderätliche Kommission (z. B. Bildungskommission) gebildet und falls ja, wie wird diese zusammengesetzt sein? Wie sehen deren Kompetenzen aus?
4. Wer ist neu in Wettingen für beschwerdefähige schulische und personalrechtliche Entscheide zuständig?

5. Entstehen in der Phase der Überführung in die neuen Führungsstrukturen zusätzliche Kosten (z. B. Kosten für den Mehraufwand der Schulpflege oder externe Beratungsfirmen)? Wie hoch sind die jährlichen Kosten für die neuen Führungsstrukturen der Gemeinde Wettingen ab 1. Januar 2022 im Vergleich zu den bisherigen Kosten mit einer Schulpflege? Werden durch die neuen Führungsstrukturen Stellen in der Verwaltung oder der Schule abgebaut oder geschaffen und falls ja, welche?
6. Wie werden die neuen Führungsstrukturen den Lehrpersonen, den Eltern, der Wettinger Bevölkerung und dem Einwohnerrat kommuniziert? Sind Informationsveranstaltungen geplant?
7. Wurde die Bevölkerung (z. B. Elternteams und Elternräte der einzelnen Schulkreise) angehört bzw. konnten sie sich einbringen? Wenn ja, in welcher Form?
8. Haben die neuen Führungsstrukturen Auswirkungen auf die Strategie der Schule Wettingen (z. B. Informatikstrategie, Zusammenarbeit mit Eltern, Tagesbetreuung usw.)? Wenn ja, welche?

0.2 Tischauflage

- Neue Sitzordnung

0.3 Traktandenliste

Es werden keine Änderungen der Traktandenliste beantragt.

1 Einwohnerrat; Protokoll der Sitzung vom 17. Dezember 2020 (2021-0157)

Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

2 Inpflichtnahme von Wernli Alexandra, SP (anstelle der zurückgetretenen Fischer Andrea, SP) (2021-0192)

Der Einwohnerratspräsident nimmt:

Wernli Alexandra, SP (anstelle der zurückgetretenen Fischer Andrea, SP)

in Pflicht, heisst sie als Einwohnerrätin herzlich willkommen und wünscht ihr für die kommende Ratstätigkeit viel Erfolg und Freude.

3 Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl Mitglied für den Rest der Amtsperiode 2018/2021 (2019-1196)

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Als Ersatzmitglied für die zurücktretende Andrea Fischer für die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2018/2021 schlägt die SP Katharina Urfer vor.

Camponovo Christa: Gerne empfehlen wir Katharina Urfer für die Wahl in die Geschäftsprüfungskommission. Katharina Urfer wohnt mit ihrer Familie schon seit 29 Jahren in Wettingen. Sie hat viele Jahre als medizinische Praxisassistentin gearbeitet und ist nun schon seit 20 Jahren Präsidentin des Schwimmclubs Wettingen und Leiterin und Lehrerin in der Schwimmschule Wettingen.

Sie musste gerade in letzter Zeit einen aussergewöhnlichen Einsatz leisten, aber sie kommt trotz allem nicht so schnell ins Schwimmen. Sie kennt unterdessen unseren Ratsbetrieb und weiss auch, wie die Verwaltung tickt. Durch ihre Kontakte mit den unterschiedlichsten Leuten weiss sie, wo den Wettingerinnen und Wettinger der Schuh drückt, auch wenn ihr die Leute meistens barfuss begegnen. Sie ist eine ausgesprochene Teamplayerin, die Politik macht nicht wegen eines Amts oder wegen ihrer Person, sondern für die Menschen.

Wir freuen uns, wenn Sie Katharina Urfer ihr Vertrauen schenken, wir tun es ohne Vorbehalte.

Geheime Wahl

Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsperiode 2018/2021

Das Resultat der geheimen Wahl lautet:

Eingelegte Stimmzettel	49
Leer und ungültig	1
Gültige Stimmzettel	48
Absolutes Mehr	25

Stimmen hat erhalten und ist gewählt:

Urfer Katharina	47
-----------------	----

Nicht gewählt:

Wernli Alexandra	1
------------------	---

4 Kreditbegehren von Fr. 1'310'000.00 (inkl. MwSt.) zur Bereitstellung eines Provisoriums für die Bezirksschule (2020-2408)

Bürgler Philipp: Aufgrund der langen Diskussionen in der Fiko haben wir ein ausführliches Votum vorbereitet, damit Sie auch ausführlich informiert sind.

Die Finanzkommission hat das Kreditbegehr von 1.3 Millionen Franken zur Bereitstellung eines Provisoriums für die Bezirksschule zur Prüfung erhalten.

Zusammenfassend geht es in diesem Geschäft um den Kredit für die Schaffung von acht neuen Klassenzimmern und vier Gruppenräumen auf dem Bezirksschulareal in Containerform.

Da die Realisierung einer Schulraumerweiterung in Form eines Neubaus nicht vor dem Sommer 2022 umsetzbar ist, muss der benötigte Schulraum bereits vorher als Provisorium beschafft werden. Nach Prüfung der verschiedenen Varianten hat sich aus finanziellen und betrieblichen Gründen die Miete von Schulraum-Containern im Areal der Bezirksschulanlage als sinnvollste Lösung erwiesen. Für die Prüfung wurde neben den finanziellen Aspekten auch die Ausführung hinterfragt.

Bedarf

Die Schulraumplanung ist von einer wesentlich tieferen Übertrittsrate von Schülerinnen und Schüler in die Bezirksschule ausgegangen. Die Planung liegt rund 70 Schülerinnen und Schüler zu tief, die nun den zusätzlichen Bedarf an Schulraum begründen. Die Klassengrößen sind bereits voll ausgeschöpft, wodurch hier auch kein weiterer Spielraum mehr besteht. Alleine die neuen Schülerinnen und Schüler machen drei Klassen mehr aus. Es ist immer wieder ärgerlich, dass wir trotz einer professionellen Schulraumplanung solche Überraschungen erleben.

Weiterhin steigt der Bedarf an Räumen durch den neuen Lehrplan, der zusätzliche Zimmer fordert. Das neue Schulfach Natur und Technik sowie die bestehenden Schulfächer Physik, Chemie und Biologie werden vergrössert und brauchen Platz.

Bei der Ausarbeitung der Vorlage hat der Gemeinderat darauf geachtet, nur den notwendigen Raumbedarf im Provisorium abzudecken und dabei, in Absprache mit der Schule, bewusst auf gewisse freiwillige oder nicht-dringend-notwendige Positionen verzichtet (z. B. Bibliothek, Deutsch als Zweitsprache, Büro Schulsozialarbeit, Logopädie usw.).

Einige zusätzliche Wünsche von Seiten der Schule wie beispielsweise ein überdachter Platz zwischen den Containern wurden aus Kostengründen nicht berücksichtigt.

Die Schulraumplanung wird im Frühling nochmals aktualisiert und es ist essenziell, dass neue Daten berücksichtigt werden, bevor die Provisorien aufgestellt werden.

Ausbaustandard

Bei den vorgesehenen Provisorien handelt es sich um Occasion-Container, welche die gleiche Qualität haben wie diejenigen, die bereits beim Margeläcker verwendet wurden. Damals gab es weder von der Bau- und Planungsabteilung noch von der Schule Beschwerden, weshalb die gleiche Qualität gewählt wurde. Neue Provisorien anstelle der Gebrauchten kosten Fr. 102'000.00 (= ca. + 18.5 %) mehr für die vorgesehene Mietdauer.

Aus Sicht der Fiko nimmt der vorgestellte Grundriss die Learnings aus den Margeläcker-Provisorien nicht alle auf. So fehlen z. B. vorgelagerte Räume. Die Schülerinnen und Schüler gelangen direkt von aussen in die Schulzimmer und haben keine Kleiderablage, keine Schmutzschleusen, kein Windfang usw.

Positiv zu erwähnen ist, dass praktisch das gesamte Mobiliar, welches für die Container beschafft wird, auch für den Modulbau verwendet werden kann und somit eine gute und langlebige Lösung gefunden wurde.

Alternativen und Standort

Neben der Schulcontainer-Miete wurden einige andere Alternativen geprüft:

- Die gemeindeeigenen Räume (z. B. Friedhofsgrundschule) weisen nicht genügend Kapazität oder die entsprechenden Raumanforderungen auf.
- Die umliegende Industrie- oder Büroräumlichkeiten sind finanziell nicht lukrativer und haben zusätzliche organisatorische Nachteile.

- Eine Übernahme von Schulcontainern von Baden ist aus zeitlichen Gründen nicht möglich.

Der Gemeinderat hat zudem verschiedene Alternativen von Anfang an ausgeschlossen und keine detaillierte Prüfung vollzogen, denn es schien wenig sinnvoll oder zu teuer (im Rahmen der Effizienz und des Umgangs mit den knappen Ressourcen der Verwaltung).

Nicht im Detail geprüfte Alternativen waren:

- Die Absprache mit Baden bezüglich der befristeten Übernahme von Schülerinnen und Schülern
- Eine Kombilösung mit dem Erweiterungsbau
- Ein Kauf von Schulcontainern wurde aufgrund der unklaren Situation im Schulhaus Altenburg noch nicht berücksichtigt.

Aus Sicht der Fiko hätte beim Kauf der Container eine längerfristige Lösung geprüft werden sollen. So könnte man die Container auf dem Platz stehen lassen und müsste den Auf- und Abbau nur einmal bezahlen, was doch ein wesentlicher Kostenpunkt ist.

Bezüglich des Standorts wäre es wünschenswert gewesen, wenn auch alternative Standorte wie z. B. die Brühlwiese oder der Rasen auf der anderen Seite der Alberich Zwyssig-Strasse geprüft worden wären.

Timeline

Die zeitliche Realisierung mit dem geplanten Erweiterungsbau erscheint sehr sportlich. Leider ist es auch dieses Mal wieder so, dass aufgrund des Sachzwangs diese Vorlage faktisch nicht abgelehnt werden kann ohne das Gesamtprojekt oder den Schulbetrieb zu gefährden.

Kosten

Die Kosten belaufen sich auf Fr. 1'310'000 (inkl. MwSt.) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 15 %. Im Investitionsplan wurden total Fr. 1'610'000 angenommen. Davon hätten rund Fr. 600'000 im Jahr 2021 investiert werden sollen und für die Jahre 2022 – 2026 weitere Fr. 1'080'000. Somit fallen die totalen Investitionskosten tiefer aus als angenommen, weisen allerdings eine zeitliche Verschiebung auf.

Nachweis Folgekosten

Im Traktandenbericht war die Annahme der Folgekosten eine Aktivierung und Abschreibung über 35 Jahre vorgesehen. Da das Provisorium eine weitaus kürzere Lebensdauer aufweist, wurde der Nachweis der Folgekosten von der Finanzverwaltung präzisiert. Die aktuelle Version ist im Axioma aufgeschaltet.

Abschliessend möchte ich noch erwähnen, dass die Schule mit der vorgeschlagenen Lösung einverstanden ist und so das nächste Schuljahr gut bewältigen kann.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, das Kreditbegehren von Fr. 1'310'000.00 (inkl. MwSt.) zur Bereitstellung eines Provisoriums für die Bezirksschule zu genehmigen mit 4 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Lütfolf Peter: Es sind noch einige Fragen aufgetaucht. Diese richte ich an die Gemeinderäte Martin Egloff und Sandro Sozzi:

1. Wie ist der Betrag von Fr. 800'000.00 zustande gekommen?
2. Wenn Bezirksschülerinnen und -schüler nach Baden ausgelagert werden würden, wären das nur Schülerinnen und Schüler aus Neuenhof und Würenlos?
 - Wenn ja, wurde das Schulgeld, welches nach Baden fließt, in Abzug gebracht?
 - Wie hoch ist der Betrag pro Kopf für ein Jahr?
 - Wie viele Schülerinnen und Schüler wären das?

3. Wann wird für dieses Bauvorhaben ein Baugesuch eingereicht? Ist es realistisch, unter Einhaltung der Publikationsfrist und der Zeit bis zur Erteilung der Baubewilligung unter der Einhaltung der 30-Tage-Beschwerdefrist, den Schulbetrieb am 6. August im Provisorium aufzunehmen?
4. Wurden Aufträge schon vor der Zustimmung des Einwohnerrats erteilt?
 - Wenn ja, ist das überhaupt rechtlich zulässig?
5. Bezuglich der Referendumsfrist: Muss diese nicht abgewartet werden, bevor Aufträge erteilt werden? Wenn dem so wäre, kommt die heutige Abstimmung faktisch einer Erpressung gleichen.
6. Welche Planungsbüros sind unter der Position Honorare mit einem Auftrag beglückt worden? Wieso sind die Honorare praktisch identisch bei den Offerten Schulcontainer gegenüber Miet-Angebot 1 und 2?
7. Bezuglich Erweiterungsbau an der Bezirksschule, welcher im Juni im Einwohnerrat traktandiert wird: Ist die Terminierung genauso sportlich wie beim jetzt diskutierten Provisorium?
8. Sollte das Terminprogramm nicht eingehalten werden: Wohin gehen die Schülerinnen und Schüler, wenn das Provisorium gemäss Traktandenbericht zurückgebaut wird?

Die Fraktion SVP möchte gerne diese Fragen beantwortet haben. Wir müssen dem Gemeinderat zum Schluss eine Rüge erteilen. Wir sind nicht einverstanden, wie uns dieses Geschäft unterbreitet worden ist, vor allem hinsichtlich des Inhalts und des zeitlichen Ablaufs. Deshalb wird sich die Fraktion SVP bei der Abstimmung mehrheitlich enthalten.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Der Gemeinderat kann in einer solch kurzen Zeit nicht alle Fragen beantworten. Die Beantwortung würde eine Pause von 30 Min. benötigen.

Lütolf Peter: Uns ist klar, dass jetzt nicht alle Fragen beantwortet werden können. Die von uns gestellten Fragen sind ein Protestzeichen. Ein Protest, der zeigt, dass wir mit dem Ablauf nicht einverstanden sind.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Das Durchboxen dieses Geschäfts ist für alle nicht spassig. Trotzdem ist euer Votum aus meiner Sicht eine absichtliche Störaktion.

Huser Michaela: Ich möchte mich zum Vorwurf äussern. Unsere Fraktion hat sich diese Fragen gestellt. Wir geben ziemlich viel Geld aus, somit ist es unser Recht, diese Fragen hier zu stellen und wir erwarten, dass diese jetzt beantwortet werden können. Wenn nicht, können sie mittels E-Mail nachgereicht und nachträglich im Protokoll erfasst werden. Eine Pause ist nicht notwendig. Während die anderen Fraktionen ihre Voten halten, kann bestimmt die eine oder andere Frage geklärt werden. Wir sind der Meinung, dass wir das Recht haben, dem Gemeinderat in dieser Art die Fragen zu unterbreiten.

Gähler Judith: Man kann es drehen und wenden wie man will, auch in der Schulraumthematik scheint sich Wettingen seit Jahren im selben Strudel zu befinden. Es ist ein Sog nach unten mit knappem Schulraum und ungenügendem Vorlauf für profunde Planung. Diese Problematik hat sich auch mit der externen, professionellen Schulraumplanungsfirma nicht aufgelöst und spiegelt sich im vorliegenden Traktandenbericht wieder.

Zu wünschen wäre, dass es Wettingen schulraumtechnisch schafft, auf einer Welle zu reiten und nicht in regelmässigen Abständen von hinten von einer grossen Welle mit viel Gischt überrollt wird. Was wir heute hier behandeln ist in den Augen der Fraktion FDP die Gischt der letzten Welle, die uns bereits überrollt hat. Um als Einwohnerrat am Projekt und dessen Prozess zum jetzigen Zeitpunkt noch etwas zu verändern, ist es zu spät. Uns ist klar, dass es den Schulraum braucht, dass mit dem angedachten Erweiterungsbau kein Luxus entsteht und wir uns architektonisch gesehen auf einem ausgetrockneten See befinden.

Bildung ist unser Rohstoff. Schülerinnen und Schüler sind unsere Zukunft und dazu gehören ein genügender und ein attraktiver Schulraum. Dafür stehen wir ein und daher stimmen wir dem Kredit zu.

Wir werden im Frühling, wenn eine aktualisierte Schulraumplanung vorliegt, die Chance nutzen die Planung zu überdenken, kritisch zu hinterfragen und allenfalls versuchen einzuwirken.

Aus Sicht einer Schulpflegerin möchte ich mich an die Fraktion SVP wenden: Im Fragenkatalog von vorher habe ich auch einige schulische Fragen gehört. Mit einer E-Mail habe ich mich als Präsidentin der Schulpflege gemeldet und mitgeteilt, dass ich sehr gerne bereit wäre, schulische Fragen zu beantworten. Ich bin nun ziemlich enttäuscht, dass man auf mein Angebot nicht eingegangen ist.

Rechsteiner Lukas: Eine funktionierende Schule ist der Fraktion EVP/Forum 5430 sehr wichtig. Damit das möglich ist, braucht es unter anderem genügend Schulraum. Dass dieser in der Bezirksschule immer knapper wird, ist schon länger bekannt. Aus diesem Grund hat man schon vor einigen Jahren mit der Planung einer Erweiterung begonnen. Dass es nun trotzdem ein Provisorium braucht, ist ärgerlich. Der Hauptgrund ist aus unserer Sicht aber nicht die schlechte Planung, sondern der überraschende und starke Anstieg der Übertritte in die Bezirksschule. Innerhalb von wenigen Jahren ist der Anteil der Bezirksschülerinnen und -schüler von 38 % auf 47 % angestiegen.

Was sind die Gründe für diesen Anstieg? Hat es mit dem späteren Übertritt aus der 6. Klasse zu tun? Ist die Qualität der Sekundarschule zurückgegangen oder ist es einfach der gestiegene Leistungsdruck? Diese Fragen sollten dringend geklärt und auch in die neue Schulraumplanung miteinbezogen werden, damit nicht in ein paar Jahren, nach der Erweiterung der Bezirksschule, wieder zu wenig Platz vorhanden ist.

Das Provisorium ist gut geplant und wir begrüssen es, dass ein Teil der Einrichtung im Erweiterungsbau übernommen werden kann. Wir sind aber erstaunt, wie sportlich die Planung des Erweiterungsbaus ist. Wir können fast nicht glauben, dass dieser in einem guten Jahr bezugsbereit ist. Es ist für uns wichtig, dass der Bau qualitativ gut ist und unseren aktuellen Bedürfnissen der Schule entspricht. Lieber wird die Nutzung des Provisoriums verlängert, als dass es einen Schnellschuss gibt, der bald nicht mehr genügt. Die Fraktion EVP/Forum 5430 stimmt dem Kredit zu.

Burger Alain: Die Fraktion SP/WettiGrüne sieht den Bedarf an zusätzlichem Schulraum in der Bezirksschule und stimmt dem Kreditbegehr zu. Wir danken dem Gemeinderat, der Verwaltung und den Verantwortlichen der Schule ganz herzlich für die getätigten Abklärungen und Vorbereitungen dieses Geschäfts.

Kinder und Jugendliche benötigen Bildung, und Bildung benötigt genügend Schulraum. Nach kurzfristigen Schulraumvorlagen haben wir von der Fraktion SP/WettiGrüne im Jahre 2013 eine professionelle Schulraumplanung gefordert. Damit wollten wir solche Vorlagen verhindern.

Im Zwischenbericht Schulraumplanung aus dem Jahre 2016 waren wir alle erleichtert, dass es zusätzlichen Schulraum erst ab 2025 brauchen wird und zwar auf der Primarschulstufe. 2019 hörten wir zum ersten Mal vom dringenden Handlungsbedarf bei der Bezirksschulanlage aufgrund des neuen Aargauer Lehrplans. Es hiess, dass mit dem Erweiterungsbau der zusätzliche Raumbedarf realisiert werden kann. Nun braucht es doch, schneller als geplant, ein Provisorium.

Der Gemeinderat wird uns, aufgrund der vielen Fragen, bestimmt erklären, weshalb es trotz der professionellen Planung und der externen Fachleute schon ab diesem Sommer mehr Schulraum benötigt und wie die Schule und der Hochbau bei solchen Projekten zusammenarbeitet.

Die links-grüne Seite hat folgende Forderungen gestellt:

- Planung der Klassengrössen, also nicht immer am oberen Rand der kantonalen Empfehlung ansetzen,
- Einplanen von Ausgleichsräumen, damit auf Schwankungen der Schülerinnen- und Schülerzahlen reagiert werden kann.

Unsere Forderungen wurden in diesem Rat konsequent abgelehnt. Am heutigen Aufschrei über erpresserische Schulvorlagen, die fehlende Zeit für eine ausgewogene Entscheidung oder gar „Unterricht unter freiem Himmel“ ist einmal mehr eine Folge unserer finanzpolitischen Abenteuerpolitik, welche dem Gemeinderat und der Verwaltung keinen Handlungsspielraum einräumt.

Eine Schulraumplanung, auch wenn diese noch so professionell ist, baut keinen Schulraum, sondern ist lediglich ein Instrument, um Schulraumbedarf zu prognostizieren. Für die Planung und den Bau von Schulraum benötigt es einen Gemeinderat mit genügend Ressourcen und eine gut aufgestellte Verwaltung. Nehmen wir doch das als erste Lehre für die kommende Steuerfussdebatte mit.

Wassmer Christian: Die Bezirksschule platzt aus allen Nähten aufgrund des Schülerzuwachses aus Wettingen, Würenlos und Neuenhof. Bereits bei der Umstellung im Jahre 2014 auf zwei Jahre Kindergarten, vier Jahre Primarstufe, zwei Jahre Mittelstufe und drei Jahre Oberstufe hatten wir 22 Abteilungen mit dem heute verfügbaren Raumangebot an der Bezirksschule unterrichtet. Jetzt genügt das nicht mehr. Der neue Lehrplan lässt grüssen.

Der akute Handlungsbedarf hatte sich bereits im Mai 2019 mit dem letzten Update der Schulraumplanung abgezeichnet. Es ist sehr ärgerlich, dass der Einwohnerrat zwei Jahre später schon wieder mit einer Schulvorlage erpresst wird, damit die Schüler nicht im nächsten Sommer auf der Strasse stehen. Was hat die Bau- und Planungsabteilung in den vergangenen zwei Jahren gemacht? Heute geht es um Container und im Juni dann um den viel teureren Neubau, bei dem wir auch wieder erpresst werden.

Wir machen seit längerem darauf aufmerksam, dass die Schulraumplanung jährlich zu aktualisieren ist, um mit der Entwicklung Schritt halten zu können. Die Schulraumplanung hinkt den Tatsachen wieder mal hinterher.

Wir halten es für unrealistisch, im Sommer 2022 den Erweiterungsbau fertig stellen zu können, obwohl dieser in Elementbauweise erstellt wird. Die ganzen Planungs- und Ausführungsprozesse werden mindestens 20 Monate in Anspruch nehmen. Eine längere Mietdauer des Provisoriums ist verkraftbar, wenn dafür vermieden werden kann, dass ein unter hohem Zeitdruck erstellter Schulbau, welcher einige Jahrzehnte seinen Dienst leisten soll, hingepfuscht wird.

Die CVP stimmt dem Raumprovisorium für die Bezirksschule zähneknirschend zu. Es soll aber eine allfällige Verlängerung auf zwei Jahre berücksichtigt werden.

Gerne möchte ich Alain Burger eine Antwort zur abenteuerlichen Schulraumpolitik geben: Auch wir haben gefordert, dass man mit den Schülerzahlen pro Klasse ans Maximum geht, bevor man zusätzliche Schulklassen eröffnet. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass bei Bauten auch grosszügig gebaut und der vorhandene Raum effektiv ausgenutzt wird.

Die Ansprüche steigen massiv. Aber diese Ansprüche sollen dann gedeckt werden, wenn wir neuen Schulraum bauen. Ich möchte daran erinnern: Im Margeläcker haben wir uns einen sehr teuren Aufzug geleistet. Nur wenige Jahre später musste das Schulhaus aufgestockt, und die ganze Arbeit erneut gemacht werden. Ich wehre mich gegen solche Geldschleudern und ich wehre mich gegen Containerbauten, die unnötig sind, wenn man vorausschauend denken würde.

Ernst Manuela: Die teure Schulraumplanung wurde in Auftrag gegeben, was scheinbar nicht genügt. Schon im ersten Satz unter „das Wichtigste in Kürze“ wird uns von der Bezirksschule mitgeteilt, dass sie kurzfristig über 750 m² mehr Schulraum benötigt. Nun wird uns auf den letzten Drücker dieses Kreditbegehren unterbreitet, so dass der Einwohnerrat nur noch die Möglichkeit hat, diesen anzunehmen, ansonsten sitzen die Kinder im Regen. Das ist sehr enttäuschend.

Zu den provisorischen Containern: Günstig ist dieses Provisorium definitiv nicht. Mich lassen die Honorare und Nebenkosten staunen. Die wirken sehr grosszügig, wenn man bedenkt, dass man hier komplette Container aufstellt.

Eine andere Gemeinde teilte mir mit, dass sich ab vier Jahren ein Kauf von provisorischen Containern lohnen würde. Ich frage mich, ob ein Kauf als Option in Betracht gezogen worden ist, wenn man bedenkt, was in den letzten Jahren bereits umgebaut wurde und noch umgebaut werden soll. Solche Container kann man als Occasion kaufen und später weiterverkaufen. Dies hätte jedoch schon vor zehn Jahren einer Bedarfsplanung bedingt.

Was beim Kreditbegehren fehlt und wohl nicht aufgehen wird, ist die Zeitplanung mit den Fristen (z. B. Referendumsfrist, Auflagefrist des Baugesuchs, allfällige Einsprachen und Vergaben). Alles wirkt sehr gedrängt. Zudem weiss man noch nicht, ob ein Jahr genügt, sonst müsste der Kredit für die Erweiterung auch bereits vorliegen.

Containerbauten gibt es heute bereits sehr hübsche und nicht nur als Provisorium. Diverse Ortschaften nutzen diese bereits, Zürich sogar sehr intensiv. Dort werden sie vielfältig eingesetzt für Start-ups, Läden, Wohnungen und vor allem als Schulhäuser. Zu den Vorteilen gehören: Günstig, langlebig, erweiterbar, Minergie-Standard und Modular. So hat man schnell eine kostengünstige und langfristige Lösung, welche man von Anfang an hätte planen können, anstatt mit einem Provisorium und später einem Neubau zu kommen. Hätte man die Planung früher begonnen, hätte man anstelle der Container eine halbe Million in ein anderes Projekt investieren können.

Wir finden es schade, dass der Neubau auf eine Wiese kommt. Somit wird wieder mehr nicht kompensierte Grünfläche verbaut. Wir dürfen den Luftkorridor und die kühlende Grünfläche nicht ausser Betracht lassen, vor allem wenn die kommenden Sommer immer wärmer und länger werden. In diesem Zusammenhang fragt sich die Fraktion GLP, ob eine Aufstockung keine Option gewesen wäre.

Wir denken, bei den Schulbauten fehlt es an Weitsichtigkeit, Innovation und Wille,

günstige Lösungen zu suchen. Die Fraktion GLP erteilt die Stimmfreigabe.

Egloff Martin, Gemeinderat: Ich beantworte die Fragen über den Bau und die Planung:

Wir haben im Jahr 2019 die Erarbeitung eines Projektwettbewerbs auf dem Bezirksschulgelände in Auftrag gegeben. Die daraus entstandene Machbarkeitsstudie umfasst sechs sehr detaillierte Varianten wie Aufstockung, Bauten entlang der Zentralstrasse usw. Das ganze hätte zu einem Architekturwettbewerb geführt, welcher 2026 hätte fertiggestellt werden sollen.

Am 25. Juni 2020 gelangte der Vorschlag für den erwähnten Projektwettbewerb an den Gemeinderat. Doch wir mussten aufgrund des Sparauftrags die Reissleine ziehen, denn die Varianten waren extrem kostspielig. Deshalb prüften wir die Modulbauweise oder Container. Auch hier gibt es verschiedene Varianten. Wir haben vier Varianten geprüft und uns für die Planung einer Modulbauweise entschieden. Diesen Antrag werden wir Ihnen im Juni unterbreiten.

Da wir den Schulraum aber nun dringend und früher benötigen, müssen wir diese Container für ein Jahr aufstellen.

Von einem Lieferanten haben wir einen Terminplan erhalten. Dieser zeigt, dass die Modulbauten ab deren Bestellung innert acht Monaten bezugsbereit sind. Den Vorschlag der CVP, die Container für zwei Jahren zu mieten, haben wir abgeklärt. Das wäre möglich und kostet Fr. 80'000 für zehn weitere Monate. Man kann das in Aussicht stellen, aber der Gemeinderat ist überzeugt, dass ein Jahr ausreicht.

Der Vorschlag der SVP, die Container und die Modulbauten gleichzeitig aufzustellen, ist nicht möglich, da wir den Schulraum dringlich benötigen und die Modulbauten erst später kommen.

Wenn man die Provisorien z. B. auf die Brühlwiese aufstellen würde, dann würde das extrem teuer werden, da dort keine Werkleitungen vorhanden sind und diese vorgängig gemacht werden müssten.

Um auf die Fragen der SVP einzugehen:

- *Wurden Aufträge schon vor der Zustimmung des Einwohnerrats erteilt? Wäre das rechtlich zulässig?*
Nein, es wurden keine Aufträge erteilt. Die Container wurden lediglich reserviert.
- *Welche Planungsbüros sind unter der Position Honorare mit einem Auftrag beglückt worden?*
Das ist die Firma Landis, welche auch die Schulraumplanung machte und bereits stark ins Projekt involviert ist.
- *Wieso sind die Honorare praktisch identisch bei den Offerten Schulcontainer gegenüber Miet-Angebot 1 und 2?*
Das ist reiner Zufall.
- *Sollte das Terminprogramm nicht eingehalten werden: Wohin gehen die Schülerinnen und Schüler, wenn das Provisorium gemäss Traktandenbericht zurückgebaut wird?*
Das wurde bereits mit der Bereitschaft, die Container allenfalls länger zu mieten, beantwortet.
- *Wurde das Baugesuch bereits eingereicht?*

Das kann ich aus dem Stegreif nicht beantworten. Aus Sicht der Bau- und Planungsabteilung stellt das jedoch kein Problem dar.

Ich bitte Sie, diesem Kredit zuzustimmen. Der Gemeinderat hat intensiv gearbeitet und einige Varianten überprüft.

Sozzi Sandro, Gemeinderat: Ich möchte mich zur Schulraumplanung äussern:

Wir haben einen gewissen Verbesserungsbedarf. Wir haben die Schulraumplanung im Jahr 2019 aktualisiert und der jetzige Schulraumbedarf war damals in der Schulraumplanung mehrheitlich ausgewiesen. Rückblickend haben wir festgestellt, dass wir mit rund einem Klassenzimmer im Bezirksschulhaus daneben gelegen haben. Das ist ärgerlich. Zurzeit sind wir an der Aktualisierung der Schulraumplanung und in diesem Zusammenhang möchten wir diesem Fehler auf den Grund gehen. In der Schulraumplanung aus 2019 steht klar, dass auf das kommende Schuljahr 2021/2022 zusätzlicher Schulraum benötigt wird, also war es keine totale Überraschung.

Es ist uns ein Anliegen, dass wir die Schulraumplanung nochmals aktualisieren können, damit wir für den langfristigen Erweiterungsbau auch profunde Zahlen haben, damit wir allenfalls eingreifen können. Hätten wir den Kredit für den Modulbau bereits heute traktandiert, dann hätten wir als Basis die Zahlen aus dem Jahr 2019 nehmen müssen. Das wäre zu unsicher.

Zu den gestellten Fragen des Einwoherrats:

- *Auslagerung nach Baden*

Wir haben mit der Stadt Baden keine Gespräche geführt. Wir müssen rund vier bis fünf Klassen (ca. 120 Schülerinnen und Schüler) zusätzlich beschulen. Wenn wir das Schulgeld, welches wir momentan den Nachbargemeinden verrechnen, als Basis nehmen (ca. Fr. 6'000.00 - 8'000.00 pro Jahr), dann erhalten wir einen Betrag von ca. Fr. 800'000.00.

Die Gründe, weshalb wir diese Variante nicht weiterverfolgt haben sind, die fehlende Kapazität der Stadt Baden und die organisatorische, administrative und kommunikative Schwierigkeit einen Teil der Wettinger Schülerinnen und Schüler für ein Jahr nach Baden zur Schule zu schicken. Das wollten wir unseren Schülerinnen und Schülern nicht zumuten.

- *Zusammenarbeit zwischen der Schule und der Bau und Planung*

Wir haben in der Arbeitsgruppe Schulraumplanung, mit Vertretern beider Abteilungen, aktiv die Themen bearbeitet und nach Lösungen gesucht. Um den Prozess noch zu verbessern hat die Schule damit begonnen, Bestellungen an die Bau- und Planungsabteilung auszustellen. Diese Bestellungen beinhalten klare Vorgaben und Ziele. Wir sind überzeugt, dass das eine gute Lösung ist.

Soweit habe ich alle noch offenen Fragen beantworten können und bitte Sie, diesem Kredit zuzustimmen.

Huser Michaela: Vielen Dank für die Beantwortung der vielen Fragen. Für unsere Fraktion ist das soweit zufriedenstellend.

Ich möchte noch etwas klarstellen:

Judith Gähler, du hast uns keine E-Mail gesendet. Du hast mir nach der Fraktionssitzung via Whatsapp das Angebot unterbreitet, welches ich auch gerne wahrgenommen habe. Wir telefonierten im Anschluss miteinander und wir konnten einige schulpolitische Fragen klären. Auch dafür nochmals herzlichen Dank.

Die Frage betreffend Zusammenarbeit mit Baden wollten wir gerne noch von unserem

Gemeinderat beantwortet haben.

Gähler Judith: Es ist eigentlich eine gute Sache, dass wir so viele kluge Kinder in Wettingen haben und mehr Kinder den Weg in die Bezirksschule schaffen und das auch noch erfolgreich. Die Schule Wettingen geniesst im Kanton Aargau einen sehr guten Ruf und hat ein sehr hohes Niveau. Dieses Niveau braucht Raum und dieses Niveau wollen wir nicht aufs Spiel setzen. Eine gutfunktionierende Schule ist das beste Standortmarketing und es benötigt keine Extraprozenten auf der Verwaltung. Im vergangenen Sommer haben 89 % der Bezirksschülerinnen und -schüler in Wettingen eine weiterführende Schule besuchen können. Vor wenigen Jahren waren es 75 %. Schülerinnen und Schüler sind somit am richtigen Ort eingeteilt und können Karriere machen. Das Niveau der Bezirksschule ist keinesfalls gesunken, im Gegenteil. Der Wechsel von fünf Jahren Primarstufe und vier Jahren Oberstufe auf sechs Jahre Primarstufe und drei Jahre Oberstufe ermöglicht den Kindern und Jugendlichen, ihr Potential besser entfalten zu können. Die Rate der Bezirksschul-Eintritte steigt nicht nur in Wettingen, sondern im ganzen Kanton. Vielleicht passt sich nun der Kanton Aargau den anderen Deutschschweizer Kantonen an. Die Maturitätsrate des Kantons Aargau war bis anhin immer sehr tief. Qualitativ hochstehender Unterricht benötigt auch qualitativ hochstehenden Schulraum. Von Luxus kann nicht die Rede sein.

Hiller Yvonne: Zum Erhalt der Grünfläche hätte ich eine Frage. Die Brühlwiese ist keine Option, weil es keine Werkleitungen hat. Aber wieso tauscht man den Standort des Provisoriums nicht mit dem Modulbau? Dann wäre die Wiese nachher wieder frei und die Fläche bliebe erhalten.

Egloff Martin, Gemeinderat: Das war die Variante 4 in der Machbarkeitsstudie. Diese Variante hat relativ schlecht abgeschnitten, da der Platz zu knapp ist und man das Nachbarhaus dazu kaufen müsste. Erst dann könnte man entlang der Zentralstrasse bauen. Diese Variante ist zeitlich kaum umsetzbar und ziemlich teuer.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja- : 0 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Das Kreditbegehren von Fr. 1'310'000.00 (inkl. MwSt.) zur Bereitstellung eines Provisoriums für die Bezirksschule wird genehmigt.

5 Motion Fraktion FDP vom 12. November 2020 betreffend DataHub Wettingen; Ablehnung (2020-2325)

Bürgler Philipp: Die Fraktion FDP ist über die Ablehnung der Motion DataHub erstaunt. Der Traktandenbericht wird als eine Abhandlung von Fakten dargestellt und vermittelt mit möglichst vielen Gründen die ablehnende Haltung des Gemeinderats und eine fehlende Vision, zukunftsorientiertes Gewerbe nach Wettingen zu locken. Zudem erweckt der Bericht den Anschein, dass den Unternehmen und Grundeigentümern gesetzliche Vorschriften gemacht werden sollen. Ich kann Ihnen versichern, das ist nicht die Absicht der Motion.

Die Absicht der Fraktion FDP ist nicht, mit gesetzlichen Grundlagen Firmen auszuschliessen oder Eigentümer zu verpflichten. Wir möchten den Gemeinderat mit der Motion ermutigen, über den gewohnten Rahmen hinauszudenken und mit Anreizen sowie aktivem Standortmarketing IT-Unternehmen für den Standort Wettingen zu begeistern. Wir möchten eine Gebietsentwicklung anregen und dadurch neue Steuereinnahmen und Arbeitsplätze generieren.

Mit der Motion werden ein Konzept und ein Massnahmenplan gefordert, um diese Gebietsentwicklung zu erreichen und nicht, um diese einfach blind umzusetzen.

Gemäss Aussage des Gemeinderats sind Abklärungen im Gange, um wissensintensive Betriebe nach Wettingen zu ziehen. Aufgrund der Haltung gegenüber der Motion besteht bei uns die Sorge, dass diese Abklärungen ins Nichts führen.

Wir möchten Sie deshalb ermutigen, uns in diesem Anliegen zu unterstützen und einer Überweisung der Motion zuzustimmen. Wir sind davon überzeugt, dass eine zukunftsorientierte Positionierung des Bahnhofareals und der Klosterhalbinsel einen Mehrwert bringen werden und wir diese einmalige Chance packen müssen. Die Fraktion FDP hält an der Motion fest.

Palit Orun: Die Fraktion GLP sympathisiert mit dieser Motion, mehr Gewerbe nach Wettingen ins Bahnhof- und Klosterareal zu locken. Schliesslich kommen nur ca. 6 % der Steuergelder von juristischen Personen. Das Bahnhof- und Klosterareal wären ideal, um dort mehr IT-Firmen anzusiedeln. Diese würden wenig Lärm verursachen und der Bahnhof ist gleich mittendrin, falls man mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zum Arbeitsplatz fahren will. Der Gemeinderat hat die Lage für das Bahnhofareal sehr gut analysiert, aber weniger tiefgründig beim Klosterareal.

Der Gemeinderat stellt fest: Die Einwohnergemeinde kann die Ansiedlung von gewissen Branchen nicht alleine steuern, da sie nicht Eigentümerin dieser Areale ist. Sie ist auf die Zusammenarbeit mit den Eigentümern angewiesen. Falls eine Brancheneinschränkung gewünscht wäre, hätte dies in die Planungsprozesse eingebracht werden müssen. Beide Planungen sind im Herbst 2020 vom Einwohnergemeinderat beschlossen worden. Aktuell fehlt nur noch die Genehmigung durch den Regierungsrat. Um rechtliche Grundlagen für einen DataHub zu schaffen, ist heute somit der falsche bzw. der verspätete Zeitpunkt. Die Frage ist, warum der Gemeinderat sich nicht früher mit der Idee der FDP in den Planungsprozess eingebracht hat. Die Voraussetzungen wären mit zwei FDP-Gemeinderäten eigentlich ideal gewesen.

Für die Fraktion GLP ist klar, wo Privateigentümer das Sagen haben, werden eher Projekte angestrebt, die am meisten Rendite abwerfen. Das gilt für das Bahnhofareal wie auch für die Landstrasse. Die grössten Renditen werfen wahrscheinlich Mietwohnungen ab. Die Gemeinde hätte viel früher Land kaufen müssen, um beim Gestalten von Wettingen mitsprechen zu können. Dann hätte man mehr Gewerbe- sowie Dienstleistungsbetriebe nach Wettingen holen können. Die Gemeinderäte von damals haben die Chance verpasst. Das nachzuholen ist fast unmöglich. Die nächste Gelegenheit ergibt sich bei Wettingen Ost, bei der Oberen Geisswies. Die Fraktion GLP hofft, dass der Gemeinderat sich dort früher einbringt.

Die Fraktion GLP lehnt die Motion ab, da der Zeitpunkt verpasst wurde und es nicht mehr in der Hand der Gemeinde liegt, an wen die Privateigentümer die Bruttogeschossfläche vermietet. Gewisse Unterstützung kann man den Eigentümern liefern. Immerhin ist geplant, die kantonale Standortförderung mit den Grundeigentümern am Bahnhof zu vernetzen.

Fäs Christoph: Die Motion DataHub in Wettingen gibt Anlass zur Diskussion. Unsere Fraktion hat den Vorstoss und die ablehnende Haltung des Gemeinderats intensiv diskutiert. Grossmehrheitlich unterstützen wir die Position des Gemeinderats.

Selbstverständlich hat niemand etwas gegen eine zukunftsorientierte Positionierung des Bahnhofareals sowie der Klosterhalbinsel, auch wir von der Fraktion EVP/Forum 5430 nicht.

Ich sehe es ähnlich wie die Fraktion FDP. Man sollte sich in diesem Bereich optimieren und es soll seitens Gemeinderat etwas unternommen werden, damit Wettingen für Unternehmen attraktiver wird.

Die Zahlen aus dem Rechenschaftsbericht 2019 zeigen unmissverständlich auf, woher die Steuereinnahmen aus der Bevölkerung kommen:

- Steuereinnahmen aus **Privathaushalten** belaufen sich auf **60 Millionen**,
- Steuereinnahmen aus ansässigen **Unternehmen** belaufen sich auf **4 Millionen**.

Das ist eine Riesen-Differenz. Die Unternehmenssteuereinnahmen sind 15 Mal weniger als die der Privathaushalte.

Wettingen hat bisher den Zeitpunkt verpasst, im Bereich der Unternehmenssteuer seine Positionierung zu verbessern. Ich möchte die Thematik mit Nachdruck dem Gemeinderat nochmals unterbreiten und auch Sie bitten, dies nochmals zu überdenken.

Grundisch Julien: Die Antwort des Gemeinderats auf die Motion erachten wir als schlüssig. Gleichwohl begrüssen wir es, dass man sich überhaupt mit der Zukunft und dem Potenzial Wettingens auseinandersetzt. Als Sportstadt würde man zwar eher erwarten, dass Wettingen für die Sportartikelbranche attraktiv wäre anstatt für die IT-Branche.

Mit der Attraktivität ist es so eine Sache: Auf der Wettinger Website findet man nach langer Suche unter «Standortmarketing» zwei Punkte: zuerst kommt der Punkt „Dienstleistung“, welcher auf eine Telefonnummer verweist und als Zweites erscheint „Themen“, welcher verlinkt ist mit dem Wettinger-Stern-PDF. In Wettingen scheint also vor allem das Standortmarketing noch Potenzial zu haben.

Dabei wäre es genau die Aufgabe eines funktionierenden Standortmarketings, passende Branchen zu definieren und anzulocken, aber das wurde bereits weggespart. Und so hat Wettingen auch kein klares Profil, das sich nach aussen tragen und vermarkten lässt. Wenn man den Berichterstattungen der Medien über unsere Einwohnerratssitzungen folgt, dann muss man den Eindruck gewinnen, dass in Wettingen vor allem etwas zählt: Sparen und Abbauen. Das wirkt doch alles andere als einladend, weder für junge Familie noch für zukunftsorientierte, innovative Unternehmen.

In diesem Sinne wünschen wir uns, dass der Einwohnerrat seine Verantwortung wahrnimmt, für die Wettinger Zukunft mitzudenken, statt sich in wiederkehrende Abbauübungen zu versenken. Wir von der Fraktion SP/WettiGrünen lehnen die Motion ab.

Wolf Thomas: Die Fraktion SVP unterstützt den ablehnenden Antrag des Gemeinderats. Die Gründe des Gemeinderats sind nachvollziehbar. Die Motion zielt auf eine spezifische Branche hin und zwar die Förderung und optimale Positionierung der IT-Branche. Diese Brancheneinschränkung geht für die Fraktion in eine falsche Richtung.

Die Eigentumsverhältnisse, welche im Traktandenbericht beschrieben sind, lassen der Gemeinde nur wenig Spielraum zur Mitsprache. Wenn man die Auflagen der Bau- und Nutzungsordnung (BNO) sowie die Sondervorschriften des Gestaltungsplans betrachtet, dann ergibt es aus Sicht der Fraktion SVP mehr Sinn den Branchenvielfaltgrad möglichst hoch zu lassen, damit die Attraktivität der Standorte auch für andere wertschöpfende Unternehmen gegeben ist.

Folgende Fragen wären interessant, beantwortet zu werden:

- Wie sieht die vom Gemeinderat erwähnte Vernetzung mit der Kantonalen Standortförderung Aargau Services mit den Grundeigentümern im Detail aus?
- Welche Ziele werden bezüglich attraktives Wettingen für Unternehmen verfolgt?
- Welche Massnahmen würden allenfalls eingeleitet werden?

Wassmer Christian: Für die Fraktion CVP ist diese Motion zu spezifisch auf die IT-Branche eingeschränkt. Es sind durchaus auch andere Branchen zu berücksichtigen. Nichtsdestotrotz ist diese Motion für die Fraktion CVP die richtige Stossrichtung. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er nicht einfach zuschauend die Eigentümer selbstständig machen lässt, sondern dass er eine aktive Rolle übernimmt und zusammen mit der Kantonalen Standortförderung Aargau Services und der Limmatstadt AG versucht, Dienstleistungsunternehmen herzulocken. Es muss erreicht werden, dass auch steuerzahlende Firmen sich in Wettingen niederlassen. Mit dem Bahnhofareal haben wir dafür eine einmalige Chance und diese soll genutzt werden.

Das Standortmarketing wurde übrigens nicht gestrichen, sondern reduziert. Ich bezweifle, dass Give-Away-Marketing in diesem spezifischen Bereich viel bringen würde. Hier ist eine Zusammenarbeit mit der Kantonalen Standortförderung Aargau Services und der Limmatstadt AG nötig. Das ist Chefsache, welche der Gemeinderat nicht delegieren kann.

Scherer Kleiner Leo: Lange dachte ich, ich sei der einzige Gesinnungsgenosse mit dieser Motion. Jetzt stelle ich fest, dass es viele gibt, die für diese demokratische partizipiale Planwirtschaft sympathisieren. Offenbar haben viele vergessen, dass wir in einem freien, kapitalistischen Marktwirtschaftssystem sind und der Gemeinderat (der den Staat repräsentiert) nichts machen resp. entscheiden darf.

Unsere Rolle ist die Genehmigung der BNO und zusätzlich des Gestaltungsplans. Das ergibt die Rahmenbedingungen für das freie Spiel der Marktkräfte. Das besagt unsere Verfassung und das ist unsere herrschende Gesellschaftsordnung.

Für mich bewegt sich diese Debatte in Richtung Revolution, welche zum Kommunalkapitalismus führt, mit geplanten, kapitalistischen Aktivitäten in der Gemeinde Wettingen. Ich bitte euch, solche Fantasien zu unterlassen.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Auch wir möchten in der Gemeinde Wettingen attraktives Gewerbe ansiedeln. Attraktiv bedeutet für uns aber eine Durchmischung in der Gewerbebranche zu haben. Ein Gewerbemix der sich gegenseitig stärken soll.

Ein Thema möchte ich in Erinnerung bringen: Wir haben die Gebietsentwicklung des Bahnhofareals und der Klosterhalbinsel mit der Genehmigung des Gestaltungsplans und der Änderung der BNO abgeschlossen. Das einzig Ausstehende ist die Zustimmung des Regierungsrats.

In diesen Gebietsentwicklungen haben wir festgehalten, in Abstimmung mit dem Einwohnerrat, dass Fläche für das Gewerbe bereitgestellt werden muss. Beim Bahnhofareal sind es 20 %, also rund 10'000 m² der Bruttogeschosshäfen, welche für das Gewerbe reserviert ist. Grundeigentümerverbindlich haben wir festgehalten, dass diese 20 % für das Gewerbe bereitgestellt werden müssen. Wir wollen aber keine grundeigentümerverbindlichen Vorgaben zur verbindlichen Nutzung durch spezielle Branchen machen, welche in eine Richtung eines potentiellen Klumpen-Risikos führen könnten.

Uns ist der Unternehmens-Mix wichtig und genau das wurde im Rahmen der BNO- und Gestaltungsplan-Debatte in keiner Art und Weise vom Einwohnerrat bezweifelt.

Standortmarketing wurde ebenfalls erwähnt. Selbstverständlich wird intensiv Standortmarketing betrieben. Es ist aber so, dass der Budgetbetrag gekürzt wurde. Give-Aways sind schon länger nicht mehr Bestandteil, was bereits öfter thematisiert und kontrolliert wurde. Tatsächlich ist es so, dass wir Ressourcen benötigen, um mit den entsprechenden Firmen Gespräche führen zu können. Der Gemeinderat bringt sich auch aktiv in diese Gespräche und Diskussionen ein.

Wir stimmen uns regelmässig mit der Kantonalen Standortförderung Aargau Services ab, auch im Rahmen der Baden Regio, welche einer der Ansprechpartner für Standortmarketing-Fragen ist. Gegenseitiger Austausch über mögliche, potentielle Flächen in Form des Flächenmanagements findet ebenfalls statt. Ich denke, das ist der Inhalt der zu führenden Diskussionen. Ich erinnere Sie gerne an diese Debatte, wenn der Gemeinderat den Betrag fürs Standortmarketing wieder aufzustocken möchte, eventuell auch personell, um Ihren Wünschen gerecht zu werden.

Ich bitte Sie, diese einseitige Motion abzulehnen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit grosser Mehrheit folgenden Beschluss:

Die Motion Fraktion FDP vom 12. November 2020 betreffend DataHub Wettingen wird abgelehnt.

6 Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, WettigRüen, vom 16. Mai 2019 betreffend Ausgleich von Planungsvorteilen; Entgegennahme (2019-0854)

Scherer Kleiner Leo: Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Entgegennahme des Postulats und bei den Einwohnerratskollegen, dass niemand einen Ablehnungsantrag stellt.

Bürgler Philipp: Wir entschuldigen uns bei Leo Scherer, dass wir seinem Wunsch nicht entsprechen können. Grundsätzlich stellen wir einen angemessenen Ausgleich von Planungsvorteilen nicht in Frage, stellen aber aus zwei Gründen trotzdem den Antrag auf Ablehnung dieses Postulats:

1. Das kantonale Recht erlaubt zwar eine Zweckgebundenheit, wir unterstützen jedoch nicht die im Postulat genannten Zwecke, besonders den Erhalt der Baukultur, die ohnehin schon zu stark betrieben wird.

2. Zudem haben im Einwohnerrat bereits ähnliche behandelte Geschäfte zu einer Ausarbeitung von Konzepten geführt, die nun eine kostspielige und hemmende Wirkung auf Eigentümerinnen und Eigentümer haben (z. B. Freiraumkonzept) und wir als Einwohnerrat nicht mehr beeinflussen können, da diese nun in die operative Verantwortung des Gemeinderats oder der Verwaltung fallen.

Scherer Kleiner Leo: Wenn man den Vorstoss genau gelesen hätte, hätte man feststellen können, dass diese zwei von uns aufgelisteten Punkte als zwei von einer unbegrenzten Anzahl von Möglichkeiten gelten. Diesen Vorstoss haben wir als Bündel einer ganzen Vorstoss-Reihe eingereicht, in denen es sich unter anderem um Grünzonen, Freiraum usw. handelt.

Mit der Ablehnung will die FDP wohl, dass weder Grünflächen noch Freiraum gesichert werden und auch keine Baukultur angestrebt wird.

Zoller Markus: Die Mehrwertabgabe ist ein probates Mittel beim Generieren von Auf- oder Einzonungen. Das Beispiel Bahnhofareal macht es vor. Die Zusammenlegung von einzelnen Parzellen zu einem städtebaulichen Ganzen ist für Grundeigentümer und die Gemeinde ein Gewinn. Das besagt schon der Begriff Mehrwert.

Die Abgeltung des Mehrwerts kann auch in Form von Gegenleistungen erfolgen, im Beispiel des Bahnhofareals in Form eines Kindergartens oder auch mit Wegen und Plätzen.

Es ist zu hoffen, dass auch weitere Grundeigentümer zur Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn motiviert werden können. Eine einheitliche Regelung ergibt eine Planungssicherheit bei künftigen Bauvorhaben und reduziert die Hürden für ein grenzübergreifendes Projekt. Die CVP ist für die Entgegennahme des Postulats.

Meier Stefan: Die Fraktion SVP kann mit gutem Gewissen das Postulat entgegennehmen, da bereits mehrheitlich umgesetzt wird, dass die Freiflächen freigehalten und dass Kinderspielplätze von der Mehrwertabschöpfung generiert werden.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Das Raumplanungsgesetz des Bundes verpflichtet die Kantone zur Regelung eines angemessenen Ausgleichs für die erheblichen, durch die Planung entstehenden Vor- und Nachteile. Der Ausgleich ist im § 28a Abs. 1 und 2 des Kantonalen Baugesetzes geregelt. Die Gemeinden können den Abgabesatz von 20 % auf höchstens 30 % erhöhen. Des Weiteren können wir mittels verwaltungsrechtlichen Verträgen Leistungen vereinbaren, die den Ausgleich anderer Planungsvorteile bezeichnen.

„§ 28 Mehrwertabgabe

¹ Die Grundeigentümerinnen und -eigentümer, deren Grundstücke in eine Bauzone eingezont werden, leisten eine Abgabe von 20 % des Mehrwerts. Der Einzonung gleichgestellt ist die Umzonung innerhalb Bauzonen, wenn das Grundstück vor der Umzonung in einer Zone liegt, in der das Bauen verboten oder nur für öffentliche Zwecke zugelassen ist.

² Die Gemeinden können den Abgabesatz auf höchstens 30 % erhöhen und in verwaltungsrechtlichen Verträgen Leistungen vereinbaren, die den Ausgleich anderer Planungsvorteile bezeichnen.“

Der Gemeinderat macht von dieser Möglichkeit Gebrauch und legt die Höhe der Abgabesätze fest (siehe Teiländerung Nutzungsplanung „Ausgleich von

Planungsvorteilen § 38^{bis} BNO“).

Wie der Gemeinderat vorgehen will, wurde in der Planungskommission vorgestellt und diskutiert. Bei Ein- und Umzonungen ist gemäss § 38 Abs. 1 eine Mehrwertabgabe von 30 % zu leisten. Andere Planungsvorteile kann der Gemeinderat mittels verwaltungsrechtlichen Verträgen ausgleichen. So möchte es der Gemeinderat auch ausgestalten, denn damit wird eine Rechtspraxis geschaffen, wie mit dem Mehrwert (wie Ein und Umzonungen) umzugehen ist.

Wo andere Planungsvorteile angestrebt werden, wird mit dieser Teiländerung lediglich das kantonale Baugesetz umgesetzt.

Sie sehen, es kann unterschiedliche Handhabungen und Beurteilungen geben. Ohne Regelung haben wir heutzutage Schwierigkeiten, solche Planungsvorteile zu definieren und einzufordern. Wir erarbeiten diese möglichen Abgaben im Rahmen eines Reglements, welches nachher auch diesen Ausgleich der Planungsänderungen detaillierter festlegt. Somit wird auch dort Rechtsgleichheit und -sicherheit geschaffen, auch im Hinblick auf die Revision der BNO.

Dieses Reglement wird neben der exakten Abgabebestände auch Verfahren, Höhe und Form sowie der Verwendungszweck der Mehrwertabgabe beinhalten. Der Gemeinderat erkennt somit die Chance der Mehrwertabgabe, mit welcher situationsbezogen Aufwertungen in der Gemeinde ermöglicht und genutzt werden können. Wenn dann zum Beispiel solche Mehrwertabgaben abgeschöpft werden, wird damit ein Topf gegründet, womit man künftige, investitionswillige Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer im Entwickeln ihrer Grundstücke Unterstützung in Form einer Vorinvestition bietet, welche nachher nach Reglement abgeschöpft wird. Die Einheit der Materie ist gewährleistet.

Damit erhalten wir endlich die Möglichkeit agil zu sein, damit wir künftige Entwicklungen, Gestaltungsplanthemen und investitionsfreudige Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer begleiten können und somit eine Siedlungsentwicklung stattfinden kann. Ich möchte Sie bitten, dieses Postulat zu überweisen.

Abstimmung

Der Einwoherrat fasst mit grosser Mehrheit folgenden Beschluss:

Das Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, WettiGrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend Ausgleich von Planungsvorteilen wird entgegengenommen. Der Antrag auf Ablehnung der Fraktion FDP wird somit abgelehnt.

7 Postulat Notter Daniel, SVP, vom 12. März 2020 betreffend "Sportschule Wettingen"; Rückzug (2020-0375)

Notter Daniel: Ich hatte eigentlich erwartet, dass die Antwort auf meinen vor einem Jahr eingereichten Vorstoss etwas ausführlicher ausfallen würde. Ich habe diesen als Postulat eingereicht, mit der Hoffnung, dass man etwas daraus machen würde.

Mit dem Entscheid kann ich leben, aber mit dem Inhalt der Antwort bin ich absolut nicht zufrieden. Ich empfinde es fast als Affront und möchte Ihnen gerne begründen warum:

Im „Das Wichtigste in Kürze“ im Traktandenbericht steht: „Das vorliegende Postulat verlangt die Prüfung einer Sportschule.“ Diese Aussage ist falsch. Ich hatte die Prüfung

einer Sportschule oder Sportklasse gefordert. Im ganzen Bericht geht der Gemeinderat nicht auf die Sportklasse ein. Die ganze Argumentation beruht auf der Annahme, dass man eine Sportklasse einführen würde.

Als Antwort hat der Gemeinderat nicht viel geschrieben, aber was geschrieben wurde, war eine reine Problembehandlung. Als ich die Antwort des Gemeinderats las, erinnerte ich mich an ein Zitat von Goethe: „Denke nicht in Problemen, denke in Lösungen.“

Vor nicht allzu langer Zeit hat die Kantonsschule Baden den Lehrgang „Taff“ eingeführt. Dieser Lehrgang ist für talentierte Sportler, Künstler und Musiker. Dieser Lehrgang verlangt von der Kantonsschule, den Lehrern und Schülern etwas mehr Flexibilität. „Wir mussten lediglich den Stundenplan etwas anpassen. Ansonsten haben wir keine Mehrkosten“, meinte der Schulleiter nach Rücksprache. Ich stelle mir die Frage: Ist es wirklich das fehlende Geld, welches zur Ablehnung führte, oder doch das fehlende Interesse?

Es ist nicht lange her, als der Gemeinderat Fr. 450'000.00, also Fr. 45'000.0 pro Tag, für das 10-tägige 975-Jahr-Fest beantragte. Der Gemeinderat schreibt auch, er wolle keine Zeit und Geld für eine vertiefte Prüfung investieren. Hier frage ich mich, wo der Sportler- und Pioniergeist ist? Wieso bildet der Gemeinderat keine Projektgruppe mit interessierten Personen aus dem Einwohnerrat? Die Kosten für die wenigen Sitzungen wären überschaubar.

Wir haben im Dorf Spitzensportler, Sportaktionäre und ausgebildete Sportmanager. Im Einwohnerrat sitzen Lehrer und Schulpfleger, erfahrene Personen in der Schulkommunikation und sogar ein Pfarrer ist unter uns. Es sind viele Kompetenzen im Raum, man muss sie nur abrufen.

Es wird immer gejammert, ohne Geld kann nichts gemacht werden. Doch gerade der Sport zeigt, dass man mit wenig Geld einiges erreichen kann. Personen aus Dritt Weltländer können mit Innovation, Talent und Fleiss Olympiasieger werden. Kürzlich war in den Medien zu lesen, dass die Wettinger Jugend an einem Online-Anlass ihre Bedürfnisse mitteilen konnte.

Einer der Hauptwünsche war ein Verbesserungsbedarf im Bereich Sport. 33 % der Teilnehmenden wünschten sich mehr Sport in Wettingen. Die Antwort des Gemeinderats gleicht somit einer Ohrfeige für diese jungen Leute. Gerade durch diese Umfrage und die positiven Feedbacks, die ich erhalten habe, fühle ich mich bestärkt, an dieser Thematik dranzubleiben.

Ich halte am Postulat nicht fest. Ich finde, dass dem Gemeinderat der Pioniergeist fehlt. Wir erfuhren heute, dass der Geschäftsleiter Schule gekündigt hat. Dadurch erhalte ich den Eindruck, dass die Energie, sich eines solchen Postulats zu widmen, zurzeit fehlt. Trotzdem werde ich mit Adrian Knaup heute eine Motion mit einem sehr ähnlichen Ansatz einreichen. Ich bin überzeugt, dass sich die Förderung junger Leute in Wettingen lohnen wird. Mit dem Beispiel aus der Kantonsschule Wettingen habe ich bereits erläutert, dass das auch ohne grosse Kosten funktionieren kann.

Sozzi Sandro, Gemeinderat: Eine solche Sportschule oder -klasse wäre tatsächlich eine spannende Sache und es würde gut zu Wettingen passen. Das wurde durchaus vom Gemeinderat so aufgenommen. Nichtsdestotrotz müssen wir realistisch bleiben. Die Bevölkerung, insbesondere der Einwohnerrat pocht darauf, dass man Gewünschtes und Nötiges trennen soll. Eine solche Sportschule oder -klasse ist eine freiwillige Leistung, die nur für wenige talentierte Sportler zur Verfügung gestellt wird. Aus meinen Abklärungen konnte ich feststellen, dass bereits eine detaillierte Prüfung sehr aufwändig

ist. Darum bitte ich Sie um Verständnis, dass der Gemeinderat zurzeit keine Ressourcen in ein Projekt oder deren Prüfung stecken möchte, vor allem wenn die Realisierungsaussichten als sehr schlecht bewertet werden. Ich bitte Sie, die Ablehnung zu unterstützen, damit wir uns auf unsere anstehenden Pflichtaufgaben konzentrieren können.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Da Daniel Notter nicht am Postulat festhält und mit der Ablehnung einverstanden ist, gibt es nur eine Diskussion, wenn ein entsprechender Antrag gestellt wird. Somit muss nicht mehr über die Ablehnung des Postulats abgestimmt werden.

Scherer Kleiner Leo: Wenn uns ein Postulat vorgelegt wird, welches vom Gemeinderat abgelehnt und die Ablehnung des Postulanten akzeptiert wird, muss doch trotzdem eine Abstimmung stattfinden. Vielleicht ist eine Mehrheit gegen den Vorschlag des Gemeinderats und gegen die Ablehnung des Postulats.

Nun, eigentlich möchte ich Daniel Notter eine taktische Empfehlung unterbreiten. Wenn ihr bereits etwas Besseres im Köcher habt, würde ich formell dieses Postulat zurückziehen, dann ist es weder abgelehnt noch entgegengenommen, sondern es ist einfach nicht mehr existent.

Notter Daniel: Als Sportler muss man auch verlieren können. Ich ziehe mein Postulat zurück.

8 Postulat Fraktion CVP vom 22. Juni 2020 betreffend Belebung und Aufwertung der Landstrasse; Ablehnung (2020-1600)

Zoller Markus: Die Landstrasse ist ein raumplanerisches Sorgenkind der Gemeinde Wettingen. Die Stellungnahme des Gemeinderats kommt einer Kapitulation gleich. Zwar wurde mit dem Sondernutzungsplan ein Fundament für die mittelfristige Attraktivitätssteigerung gelegt. Bis der Köder fängt, braucht es aber weitere kurzfristige Massnahmen.

Die CVP ist enttäuscht vom Bericht. Der Gemeinderat lässt sich von der Meinung der Marktfahrer einnehmen. Mir scheint, dass es den Marktfahrern nicht um den Standortwechsel, sondern um die Abneigung gegen etwas Neues geht. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, warum der Standort Zentrumsplatz/Landstrasse schlechter sein soll als der Rathausplatz. Zumal die Präsenz des Marktes ungleich grösser wäre.

Die Umleitung der Busse über die Zentralstrasse ist die perfekte Alternative bei einer Sperrung der Landstrasse. Die RVBW könnte sich vielleicht dahingehend Gedanken machen, dass der Markt sogar zusätzliche Fahrgäste generieren könnte.

Enttäuscht sind wir auch vom Handels- und Gewerbeverband Wettingen (HGV). Wurden die Geschäftsbetreiber tatsächlich befragt? Sämtlichen Aktionen, die mehr Laufkundschaft anziehen, stehen sonst die Ladenbesitzer positiv gegenüber. Wir können von Glück reden, dass sich die Migros zumindest mittelfristig zum Standort Landstrasse bekennt. Ich wage mir nicht vorzustellen, wie der Ort ohne einen Grossverteiler aussehen würde. Einen Eindruck gibt dabei die Landstrasse zwischen Rabenkreisel und Grenzstein.

Es macht den Anschein, dass die Angst vor etwas Neuem und die herrschende Bequemlichkeit bei allen Beteiligten sehr gross ist. Dabei wäre es wirklich einen Versuch

wert, die Landstrasse für alle Benutzer attraktiver zu machen.

Die CVP nimmt die Ablehnung zur Kenntnis. Wir sind aber sehr enttäuscht über die Passivität der Gemeinde und hätten uns mehr Aktivismus zu Gunsten der Landstrasse und der Ladenbetreiber gewünscht.

9 Postulat Bürgler Simon, CVP, und Zoller Markus, CVP, vom 22. Juni 2020 betreffend Neuausrichtung zentrale Wertstoffsammelstelle; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung (2020-1589)

Bürgler Simon: Wir bedanken uns beim Gemeinderat für die ausführliche Bearbeitung und Beschreibungen der Lösungen, sind aber mit der Schlussfolgerung, welche im Fazit beschrieben worden ist, nicht einverstanden.

Mehrfach wurde heute erwähnt, dass die Attraktivität und gewisse Dienstleistungen weiterhin abgebaut werden sollen. Wir sind klar der Meinung, dass für 20'000 Einwohner eine zentrale Sammelstelle kein Luxus darstellt. Synergien, welche für die Entsorgung mit dem Einkauf genutzt werden könnten, sollten gewährleistet werden, sonst wird noch weniger in Wettingen eingekauft.

Man könnte weite Fahrten zu den grossen Entsorgungsstellen (z. B. Spreitenbach) sparen und somit die Verkehrswägen freihalten. Wettingen muss durch Dienstleistungen attraktiv werden. Bitte stimmen Sie dem Antrag auf Nicht-Abschreibung zu, damit das Vorgehen um mögliche Standorte weiterhin geprüft werden kann.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Die Entgegennahme ist umstritten, sonst würde nun ein Antrag auf Ablehnung gestellt werden. Deshalb stimmen wir jetzt nur über Abschreibung oder Nicht-Abschreibung ab.

Scheier Ruth: Das Entsorgen in Wettingen ist offenbar ein Grund zur Sorge. Die Aufhebung der Geisswies ist der Wegfall einer Entsorgungsstelle, welche offenbar alle Abfallstoffe entgegengenommen hat. Das Postulat geht in diesem Sinne in die richtige Richtung.

Wer kennt das nicht, morgens geht man zur Türe raus, man sieht die Altpapierstapel des Nachbarn und denkt sich: „Ich habe es schon wieder verpasst. Naja, jetzt kann ich nicht zurück und noch eine Stunde Altpapier bündeln.“

Die Abfallentsorgung in Wettingen ist relativ mühsam und aufwendig, wenn man das seriös betreiben will. In den Augen unserer Fraktion ist das Problem nicht gelöst. Wir sind der Meinung, das Postulat geht in die richtige Richtung und wir denken, die Gemeinde Wettingen muss in diesem Bereich benutzerfreundlicher werden.

Es geht aber nicht darum, eine neue zentrale Sammelstelle zu erstellen. Es gäbe auch noch andere Varianten, wie die Möglichkeit eines elektronischen Abfallkalenders, welcher z. B. in Zürich genutzt wird. Diesen kann man abonnieren und erhält so automatische Kalendereinträge. Es gibt auch andere Möglichkeiten, z. B. Abholservices, welche die Wertstoffe bei den Privathaushalten abholen kommen. Somit muss nicht mehr jeder am Samstagmorgen sein volles Auto an diverse Sammelstellen fahren.

Das Problem ist nicht ganz gelöst. Das Postulat ist für unsere Fraktion nicht die Lösung, aber wir möchten den Gemeinderat einladen, sich darüber Gedanken zu machen. Die Fraktion GLP erteilt Stimmfreigabe.

Scherer Roger: Die Fraktion SVP ist einstimmig für die Abschreibung des Postulats und zwar aus folgendem Grund: Im Bericht ist nicht erwähnt, dass es bereits beim Brockenhaus Onkel Tom eine Sammel- und Recyclingstelle gibt.

Widmer Franziska: Der erste Eindruck der Fraktion EVP/Forum5430 zu diesem Traktandum war, dass der Entsorgungsplatz Geisswies ersatzlos gestrichen wird. Das Lesen des Traktandenberichts weckte das Gefühl, dass sich die Gemeinde aus der Verantwortung ziehen und die Leute einfach zu den Entsorgungsstellen in Turgi oder Spreitenbach verweisen will. Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass ich persönlich Kleberli und Märkli ziemlich unpraktisch finde. Jedenfalls hat das die Frage aufgeworfen, ob wir hier eine Sparvorlage vorliegen haben. Wenn dem so ist, soll es auch so kommuniziert werden, damit die Bevölkerung erkennt, dass es mit dem Fünfer und dem Weggli eben nicht geht, also dass man nicht einen tiefen Steuerfuss und Leistung haben kann.

Wenn man dann etwas genauer hinschaut und auch den Abfallkalender studiert, erkennt man, dass die Schliessung der Geisswies auch dort bereits vorangekündigt und begründet wird. Die Kostenfolge für einen Ersatz wäre durch bau- und umweltrechtlichen Vorgaben enorm. Mit dem im Traktandenbericht angesprochenen „Brings-Mobil-Konzept“ der Firma Obrist ist auch eine Lösung vor Ort angedacht. Aber eben, angedacht ist noch nicht beschlossen und umgesetzt.

Zusätzlich ist der Punkt Kunststoffrecycling für uns unbefriedigend gelöst. Es wird zwar begründet, wieso die Gemeinde darauf verzichten will. Fakt ist jedoch, dass die Bevölkerung diese Kunststoffsammelsäcke verwendet und sie auch in Wettingen abgeben möchte. Ich bin schon mehrfach darauf angesprochen worden und wir haben dazu noch das Postulat der SP/WettiGrünen vom 17. März 2017 pendent. Das wäre etwas, das man im Zuge der Neuausrichtung der Wertstoffsammelstelle sinnvollerweise ebenfalls gleich anpacken würde.

Aus diesen Gründen begrüßt unsere Fraktion die Entgegennahme dieses Postulats sehr, ist aber mit der gleichzeitigen Abschreibung nicht einverstanden.

Ernst Kirsten, Gemeinderätin: In den Augen des Gemeinderats wurde der im Postulat geforderte Auftrag einer Überprüfung erledigt und Bericht wurde erstattet. Wir trafen eine umfangreiche Auslegeordnung und machten eine Überprüfung. Sie haben heute einen ausführlichen Bericht vorliegen. Damit haben wir alle Möglichkeiten aufgezeigt. Aus diesem Grund hält der Gemeinderat an der Abschreibung fest.

Falls Sie möchten, dass der Gemeinderat weitere Abklärungen treffen oder etwas unternehmen soll, dann brauchen wir dafür einen konkreten Antrag. Ich bin offen für Ideen. Ich verstehe jedoch nicht, was es bringen soll, das vorliegende Postulat offen zu lassen ohne einen konkreten Antrag zu formulieren.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit grosser Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Einwohnerrat ist mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

10 **Postulat Burger Alain, SP, vom 22. Juni 2020 betreffend Strategie "smarte Gemeinde Wettingen"; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung (2020-1641)**

Burger Alain: Wie soll unsere Gemeinde künftig aussehen? Wir produzieren alle gemeinsam Solarstrom, wir kombinieren umweltschonende Verkehrsmittel und senken schrittweise den Energieverbrauch der Gebäude. Wir ermöglichen Bildung für alle, beziehen Bewohnerinnen und Bewohner stärker ein, vernetzen uns mit anderen, um Ideen auszutauschen und weiterzuentwickeln und politisch machen wir bei der nächsten Revision der Gemeindeordnung aus der Fiko und der GPK eine Nachhaltigkeits- und Digitalisierungskommission. Vielleicht klingt das utopisch, doch der Fortschritt ist nach Oscar Wild nichts anderes als die Realisierung der Utopie.

Ich danke dem Gemeinderat für seine Stellungnahme und sein Wille dieses Postulat entgegenzunehmen. Einen besonderen Dank geht an den Gemeindeammann Roland Kuster und dem Leiter der Informatik Andreas Ruch. Sie haben mir im Einzelnen die Projekte im Detail vorgestellt.

Mit der Überweisung bin ich natürlich einverstanden, mit der gleichzeitigen Abschreibung aber nicht. Wettingen als Sport-, Garten- und Generationenstadt und neu auch als Smart City? Auf jeden Fall macht die Gemeinde im Punkt digitale Transformation und Nachhaltigkeit einiges. In Zusammenarbeit mit dem Kanton Aargau sind z. B. verschiedene Dienstleistungen für die Bevölkerung zugänglich und die Verwaltung nutzt digitale Lösungen zur Vereinfachung ihrer Aufgaben. Unser EWW setzt auf 100 % erneuerbaren Strom, realisiert Photovoltaikanlagen (zumindest auf den Sportanlagen, auf denen es möglich ist) und setzt in Zukunft noch mehr auf intelligente und verbrauchsarme LED-Strassenbeleuchtungen. Der Anfang ist mit vielen Einzelmaßnahmen gemacht.

Künftig ist es wichtig, dass wir an diesen Themen dran bleiben. Gewisse Projekte sollen priorisiert werden und es soll versucht werden, das Ganze noch stärker in die strategischen Ziele der Gemeinde aufzunehmen und auch die Bevölkerung soll mehr mitwirken können. Es braucht kein Projekt von einer halben Million Franken wie bei der Stadt Baden. Es soll aber in die Legislaturziele des Gemeinderats mit konkreten Zielen und Massnahmen für die nächsten Jahre eingebaut werden. Am liebsten mit einer Vision für Wettingen als smarte Gemeinde.

Aus diesem Grund bestreite ich die gleichzeitige Abschreibung dieses Postulats. Es soll heute noch nicht abgeschrieben werden, sondern warten wir ab, was der Gemeinderat in den nächsten Legislaturzielen bringt und ob er bereit ist, aus Wettingen in den nächsten Jahren eine noch smartere Gemeinde zu machen.

Notter Daniel: Eine Grossmehrheit der Fraktion SVP ist der Meinung, dass die digitale Transformation erst stattfindet und dieses Postulat noch nicht abgeschrieben werden soll. Die Fraktion SVP wäre froh, wenn das aufrechterhalten bleibt.

Hiller Yvonne: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man schon ziemlich fortschrittlich unterwegs ist. Die Verwaltung ist auch einiges fortschrittlicher geworden, sogar das Zahlungssystem Twint ist in der Verwaltung angekommen und die Abfallmarken sind digital bestellbar.

Eine Auflistung der e-Dienstleistungen liegt uns vor. Doch ist eine Smart City mittels Auflistung darstellbar oder ist es eher ein vernetzter Zielzustand resp. ein Vorwärtsgehen per agilem Miteinander?

Hat Wettingen ein kooperatives Beziehungsgeflecht zwischen Bürger, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik? Ein Entwicklungskonzept, welches darauf abzielt, die Gemeinde effizienter, technologischer, fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten? Soll heißen, dass es grundsätzlich eine weitsichtige Planung mit Vision braucht. Wissen wir, wohin der gemeinsame Nenner geht? Wo kann man Ideen fliessend zusammentragen?

Das Potential einer Smart City muss sich erst entfalten und dafür braucht es gewisse Rahmenbedingungen. Diese Agilität muss sich aufbauen können. Wir reden also von einem integrativen Ansatz, in dem alle an die Daten gelangen und sich alle einbringen können. Einen Ansatz, indem es keine Abteilungsgrenzen und viele offene Gefässe gibt. D. h. primär wichtig sind die Open Gouvernement Data und sekundär die einzelnen digital angebotenen Dienstleistungen.

Wir von der Fraktion GLP schliessen uns der Fraktion SP/WettiGrünen an und sind auch der Meinung, dass man nicht nur auf digitale Schalterdienstleistungen setzen kann und den Rest abwartet. Z. B. könnte man beginnen, sämtliche nicht vertraulichen Daten und Pläne auf der Webseite zur Verfügung zu stellen. Einen kurzen Kommissionsbericht oder einen schlichten Protokollauszug nach einer Sitzung auf der Webseite veröffentlichen, nicht nur im Axioma. Ein paar Klicke mehr bei der Ablage, das benötigt keine zusätzlichen Stellenprozente. Nicht schutzbedürftige Daten einfach digital zugänglich machen. Die Gemeinde muss den Schutz im Umgang mit den Daten sicherstellen, aber es gibt mit Sicherheit mehr nicht zu schützende Daten als die bis jetzt veröffentlichten auf der Webseite.

Auf dieser Struktur aufbauend kann Innovation und eine agile Entwicklung entstehen. Das bedingt eine Haltung pro Transparenz. Transparenz ist bis jetzt nicht die Stärke von Wettingen. Wir wünschen uns einen Austausch von Wettingen mit diesbezüglich fortschrittlicheren Gemeinden. Z. B. gibt es Webinare zum «Generischen Gemeinde-Bot» von der Metropolitankonferenz. «Gemeinde-Bot – digitaler Dialog zwischen Verwaltung und Bevölkerung». Es wäre schön, wenn sich ein paar Gemeindemitarbeiter dort anmelden würden.

Ich möchte noch einen kurzen Bogen schlagen. Heute wurde von der brach liegenden Landstrasse geredet. Was ist die Zukunft einer solchen Durchgangskantonsstrasse mit Einkaufsmöglichkeiten? Was ist die Zukunft einer Smart City Vision, wenn man alle Läden wegdenkt, die aufgrund der Online-Shopping-Quote verlagern oder schliessen? Wie sieht die Umnutzung einer Landstrasse in einer Smart City Vision aus? Wir bitten hier den Gemeinderat einen Blick in die Städte zu werfen, vielleicht auch internationale Städte, welche solche Läden bereits umgenutzt haben. Das ist das Potential, sich sozial inklusiver zu gestalten mit agilen Arbeitsplätzen und ein agiles Miteinander.

Es wäre schön, wenn man im REL oder in der BNO an eine smarte Planung denkt, auch beim Bahnhofsareal, anstatt zuerst an Autos und die Limmattalbahn. Planung mit Vision, an dieser Grundlage fehlt es, obwohl uns anfangs dieser Legislatur genau diese Basis bis Ende des Jahres in Aussicht gestellt wurde.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Wir haben den Inhalt des Postulats intensiv studiert und diesen mit dem Postulanten besprochen. Es ist nicht so, dass wir diese Thematik beendet, sondern erst damit begonnen haben. Ich kann Ihre Voten nachvollziehen.

Das ist ein Postulat, welches wir stehen lassen können, Sie sehen aber, dass wir hier tätig sind. Im Übrigen ist es auch eines der Legislaturziele mit entsprechenden Schlüsselmaßnahmen erläutert sind. Wir nehmen uns dem Thema schon seit längerer Zeit an, sonst hätten wir in unserer Antwort nicht schon über eine stattliche Zahl von Massnahmen berichten können. Wenn man das Postulat abschreiben würde, dann

hiesse das nicht, dass wir nicht weiter daran arbeiten werden.

Es ist uns ein grosses Anliegen, unsere Kommunikation mit der Bevölkerung weiterhin voranzutreiben. Wir sind hier aber nicht alleine. Wir sind angewiesen auf die Zusammenarbeit mit Smart Aargau. Unsere Auffassung war, dass wir den Antrag erfüllt haben und selbstverständlich diese Thematik weiterhin in den Legislaturzielen bearbeiten werden, damit die geäusserten Wünsche auch erfüllt werden können. Die Ideen des Postulats wären auch nach der Abschreibung in die tägliche Arbeit der Verwaltung eingeflossen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit grosser Mehrheit folgenden Beschluss:

Das Postulat wird stehen gelassen.

11 Postulat der Fraktion FDP vom 12. November 2020 betreffend Glasfaser-Netz in Wettingen (Fiber to the home); Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung (2020-2369)

Campino Damien: Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Wir haben uns intensiv mit den Ausführungen des Traktandenberichts auseinandergesetzt und haben noch ein paar wenige Anmerkungen.

Den Postulanten ist bewusst, dass aus finanziellen und strategischen Gründen die Investition für den Ausbau eines Glasfasernetzes für die Gemeinde Wettingen aktuell keinen Sinn ergibt. Darum ist die Idee, dass man Lösungen mit Drittinvestoren prüft, welche das für die Gemeinde Wettingen kostenneutral umsetzen würden, wie z. B. bei der Stadt Baden. Die Argumente, dass bei einer Zusammenarbeit mit Drittinvestoren keine Nachteile fürs EWW entstehen dürfen oder dass die Leitungen diskriminierungsfrei verwendet werden sollen, sehen wir genau gleich.

Entsprechende Vorabklärungen mit dem EWW und mit Drittinvestoren haben bereits stattgefunden. Es ist möglich, dass die Gemeinde Wettingen kein Risiko eingeht, bevor nicht erweiterte Abklärungen gemacht und Vereinbarungen mit allfälligen Vergütungsklauseln getroffen werden. Der Gemeinderat äussert sich im Traktandenbericht auch über die Situation in Wettingen und hinterfragt die Technologie an sich. Ohne eine technische Diskussion zu entfachen, möchte ich mich auf zwei Argumente beziehen, da ich diese Aussagen als etwas gefährlich betrachte:

Erstens wurde als Alternative 5G in Betracht gezogen, was grundsätzlich interessant scheint. 5G deckt jedoch nur einen Teil der Benutzer ab. Oftmals ist in Gebäuden die Isolation zu gross, als dass man das so nutzen könnte. Auch der politische Widerstand zum 5G-Ausbau ist leider Realität. Zweitens ist die Aussage gefährlich: „Wir haben heute die nötige Bandbreite“ oder „Kommunikationsbedürfnis können heute bereits abgedeckt werden“. Für mich ist das ein zu kurzfristiges Denken. Mit einem Glasfaserausbau bis ins Zuhause wird für einen künftigen Nutzungsbedarf (Bedarf in 10 – 20 Jahren) aufgerüstet. Die Datenzunahme wächst jährlich um 50 %. Wie will ein altes Kupfernetz in 10 Jahren die Last tragen? Die vorliegende farbige Karte zeigt nur die eine Seite der Medaille, nämlich den Download. Man sollte den Upload betrachten, welcher vor allem für Videokonferenzen oder Social Media benutzt wird.

Der Traktandenbericht gleicht einer Achterbahn. Manchmal scheint er kritisch oder gar negativ, wie z. B. dass für das EWW erhebliche Nutzungs- und Zielkonflikte entstehen.

Manchmal erkennt man im Bericht aber trotzdem den Nutzen, man lässt aber die Art der Umsetzung offen. So ist der Wille, die Digitalisierung in diesem Bereich voranzutreiben, nicht ganz klar, aber ansatzweise ersichtlich.

Mancher fragt sich nun, wieso wir die Abschreibung nicht anfechten, sondern dieser zustimmen, obwohl die eigentliche Umsetzungsprüfung für dieses Projekt noch aussteht. Erstes sehen wir den Postulatsantrag als erfüllt und zweitens interpretieren wir aus dem letzten Satz im Bericht eine gewisse Verbindlichkeit, ich zitiere: „[...] unter diesen Rahmenbedingungen prüft die EWW entsprechende Kooperation mit Drittinvestoren.“

Maibach Markus, Vizeammann: Eine kurze Replik: Es gibt verschiedene Stufen der Prüfung. Das eine ist: Wollen wir selber ein Netz betreiben und die Investitionsrisiken eingehen? Die Antwort darauf ist ein klares Nein. Zweite Frage: Sind wir gewillt, dies zuzulassen? Ich kann Ihnen versichern, dass hier nicht nur eine Firma Interesse zeigt, sondern es sind mehrere Firmen. Es ist nicht so, dass 5G eine Alternative zum Glasfasernetz ist. Das Zulassen zur Nutzung ist was wir wollen. Wir wollen nicht „absahnen“, aber wollen uns auch nicht über den Tisch ziehen lassen. Das Ganze muss für das EWW kostenneutral sein. Ich glaube, wir sind am richtigen Ort. Die Firmen stehen vor der Tür und wir werden das mit diesen Firmen überprüfen und den Wettbewerb spielen lassen.

12 Interpellation Dzung Dacfey, Wettigrünen, und Scherer Kleiner Leo, Wettigrünen, vom 13. Juni 2019 betreffend Mehrwert bei Aufzonungen im Bahnhofareal; Beantwortung (2019-0985)

Scherer Kleiner Leo: Wir danken dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung. Ich bin mit diesen Informationen restlos zufrieden. Nachdem der Gemeinderat heute oftmals gerügt wurde, möchte ich jetzt das Gegenteil machen. Wir haben gute Leute im Gemeinderat und diese Leute arbeiten auch sehr gut.

13 Interpellation Fraktion CVP vom 22. Juni 2020 betreffend Ausleihung gemeindeeigener Kunstwerke an Dritte; Beantwortung (2020-1601)

Bosshard René: Die Gemeinde besitzt über 1'000 Kunstwerke und zeigt diese auch im Tägi, EWW, Museen und Galerien. Leider verstehen wir nicht, warum das Ausleihen an diese Institutionen möglich und gratis ist, aber bei Firmen und weiteren Interessierten plötzlich enorme Aufwendungen (z. B. Vertragsaufsetzungen, Protokolle, Kontrolle und allenfalls Restaurierungen) nötig sind. Es scheint nicht das nötige Interesse vorhanden zu sein. Alle anderen Punkte sind schlüssig, sauber ausgearbeitet, genau und detailliert beantwortet. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für die Beantwortung der Interpellation und die ausführliche Beschreibung. Wir sind mit dieser Antwort soweit zufrieden.

14 Interpellation Gujer Mia, SP, vom 12. November 2020 betreffend Demokratische Prozesse und Covid-19; Beantwortung (2020-2370)

Gujer Mia: Ich möchte mich beim Gemeinderat und allen anderen Beteiligten für die Beantwortung meiner Interpellation bedanken. Es wird ersichtlich, dass bereits einiges gemacht wird, um den Ratsbetrieb am Laufen zu halten. Trotzdem ist es wichtig, sich über die aktuellen Änderungen auf kantonaler Ebene zu informieren.

Anders als in der Antwort beschrieben, kann der Kanton aufgrund einer Pandemie Ausnahmen für digitale und hybride Einwohnerratssitzungen bewilligen. Dieses Gesuch muss aber vom Ratsbüro eingereicht werden, wenn die nötige Infrastruktur vorhanden ist. Es ist wichtig, Leitlinien für mögliche Szenarien vorzubereiten.

Es kann eine Ratssitzung durchgeführt werden, wenn 25 Mitglieder anwesend sind. Da keine Fraktion so viele Mitglieder stellt, müsste theoretisch keine Sitzung aufgrund einer Fraktionsquarantäne abgesagt werden. Doch genau das wurde gemacht, und das war die richtige Entscheidung. Doch wie sieht es aus, wenn eine Fraktion aus vier Personen besteht? Würde das Ratsbüro dann die gleiche Entscheidung treffen? Aus meiner Sicht wäre es sinnvoll, einen solchen Leitfaden in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden zu erstellen. Die Fallzahlen sind steigend und die Pandemie wird am 22. März 2021 nicht einfach enden.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Ich lasse mich gerne auf Diskussionen ein, kann es aber nicht ausstehen, wenn man mir ins Wort fällt. Es ist auch für mich nicht immer einfach, hier oben eine Sitzung zu leiten. Vor Jahren haben wir ein Dokument erstellt, indem die Abläufe der Sachgeschäfte beschrieben sind, z. B. steht bei der Interpellation: Sehr kurzes Statement und beim Postulat sind es eins bis zwei Minuten. Yvonne Hiller hat heute 4 Minuten 24 Sekunden gesprochen. Wenn ich bei einem langen Votum abklemme und der Votant dann nochmals über eine Minute weiterspricht, finde ich das nicht fair. Wir werden das Dokument im Ratsbüro neu gestalten und es unter anderem mit Angaben über Länge der Voten und Abläufe sowie Abstimmungen versehen. Dieses Dokument werden wir an euch alle versenden.

Ich weise euch nochmals darauf hin, dass die Sitzung vom 20. Mai 2021 wieder im Tägisaal stattfinden wird. Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit, die Aufmerksamkeit und für das Mitmachen und wünsche allen eine schöne Frühlingszeit und -ferien. Besten Dank.

Schluss der Sitzung: 21:50 Uhr

Wettingen, 11. März 2021

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident

Christian Pauli

Gemeindeschreiberin

Barbara Wiedmer